Evangelische Kirche von Westfalen

Staat und Kirche: Herausgefordert zu Recht und Frieden in der einen Welt.

Globalisierung gestalten!

Zum Umgang mit der Hauptvorlage

Mit dieser Hauptvorlage beschreitet die Evangelische Kirche von Westfalen einen neuen methodischen Weg:

Die Hauptvorlage will zum Gespräch innerhalb der Kirche genauso einladen wie zum Dialog mit Vertretern aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen anregen.

So ist bereits der vorliegende Text in einem dialogischen Prozess mit Experten aus Kirche, Politik und Wirtschaft entstanden. Er zielt auch auf genau diesen Dialog, wenn im Jahr 2009 das 75-jährige Jubiläum der Theologischen Erklärung von Barmen gefeiert wird. Es geht um die Frage: Was bedeutet die fünfte Barmer These für die Aufgaben von Staat und Kirche im Zeitalter der Globalisierung? So benennt die Hauptvorlage zwar deutlich Herausforderungen und Zielperspektiven zur Gestaltung der Globalisierung, aber diese sind nur zu gewinnen im Hören auf die Schrift und in der Erinnerung „an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit".

Auf dieser Grundlage lädt die Hauptvorlage zu gemeinsamer Reflektion der notwendigen Konsequenzen ein. Dies entspricht dem Selbstverständnis der Kirche, wie es in der „Barmer Theologischen Erklärung" zum Ausdruck kommt.

Die Kirchenleitung richtet an die Gemeinden und Kirchenkreise, an die Einrichtungen und Werke der Landeskirche drei Bitten:

1. Sie bittet, zu dieser Hauptvorlage Stellungnahmen abzugeben.

2. Sie bittet, auf allen Ebenen einen Dialog zu den Themen dieser Hauptvorlage mit Menschen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu führen: zum Beispiel aus Politik und Wirtschaft, Gewerkschaften, (Verbraucher-) Verbänden oder Initiativen. Ebenso sollten sich Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Handwerker und andere selbstständig Wirtschaftende, Menschen in Pflegeberufen, im Management Tätige oder Arbeitslose, Hartz IV-Empfänger, Flüchtlinge und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – Frauen wie Männer – aus ihrer jeweiligen Perspektive in den Dialog einbringen. Erfahrungsberichte darüber sind sehr erwünscht.

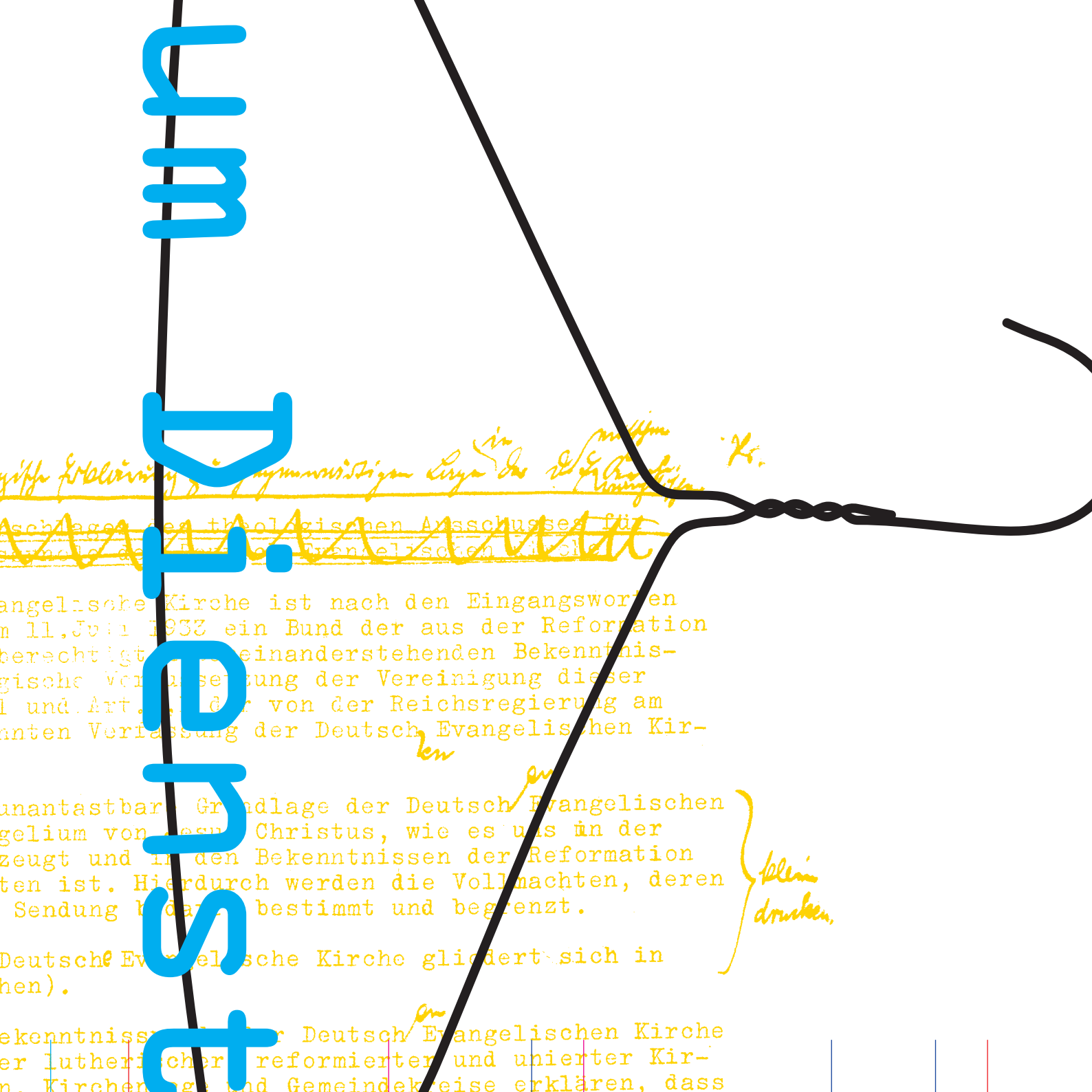
3. Sie bittet, für das „Barmen-Jahr 2009" unterschiedlichste Gestaltungsideen zu entwickeln, Erfahrungen mit Projekten zu beschreiben und diese in den gesamtkirchlichen Prozess einzubringen.

Dieser Prozess wird mit Beginn des Jahres 2008 auf der Internetseite www.globalisierung21.de begleitet.

Die Stellungnahmen, die Erfahrungsberichte und die Projektbeschreibungen werden bis zum 30.06.2008 an das Landeskirchenamt der EKvW erbeten.

befreit

Bedeutung der Textfarben im Fließtext: ■ Haupttext. ■ Bibelstellen. Geschichten. Impulse. Zahlen. Zitate. ■ Kontrapunkte.



Um Dienst

gische Erklärung zu gegenwärtigen Lage in der deutschen Evangelischen Kirche

Vorschlages des theologischen Ausschusses für
Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche

angelische Kirche ist nach den Eingangsworten
m 11.Juli 1933 ein Bund der aus der Reformation
berechtigten, einanderstehenden Bekenntnis-
gische Voraussetzung der Vereinigung dieser
l und Art. 1 der von der Reichsregierung am
nnten Verfassung der Deutschen Evangelischen Kir-

unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen
gelium von Jesus Christus, wie es uns in der
zeugt und in den Bekenntnissen der Reformation
ten ist. Hierdurch werden die Vollmachten, deren
Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt.

Deutsche Evangelische Kirche gliedert sich in
hen).

kleine drucken.

ekenntnissen der Deutschen Evangelischen Kirche
er lutherischer, reformierter und unierter Kir-
n, Kirchenlage und Gemeindekreise erklären, dass

Inhaltsangabe
Globalisierung gestalten!

Einleitung des Präses 4

Erster Teil: Die Zeiten ändern sich 8

Die Zeiten ändern sich – grundlegende Erkenntnisse bleiben. 10
Die Bibel spiegelt den globalisierten Alltag wider 16
Christinnen und Christen dienen Gott im Alltag 24
Globalisierung – so alt wie die Menschheit 30
Die Kirche erinnert den Staat an seine Aufgaben und unterstützt ihn. 36
Die Würde des Menschen zu schützen ist und bleibt eine vorrangige Aufgabe. 42

Zweiter Teil: Befreit zum Dienst in der einen Welt 46

Für Recht und Frieden sorgen 50
Die Grundlagen des Lebens erhalten 56
Menschen ein Zuhause geben 60
Alle am Leben teilhaben lassen 66

Die Barmer Theologische Erklärung im Wortlaut 75

Anhang 78

Kirchliche Stellungnahmen zum Thema 80
Mitglieder des Ausschusses, Dank 83

Einleitung des Präses

„Staat und staatliche Aufgaben im Zeitalter der Globalisierung" – zu diesem Themenfeld, so beschloss die Landessynode 2005, sollte die Kirchenleitung eine Hauptvorlage vorbereiten. Bereits im Jahr zuvor hatte die Landessynode eine Stellungnahme zu „Globalisierung. Wirtschaft im Dienst des Lebens" verabschiedet als Antwort auf den sogenannten Soesterberg-Brief[1] und als Beitrag unserer Kirche zu dem ökumenischen Konsultationsprozess. Dabei haben wir der von ökonomischen Interessen beherrschten Globalisierung ein anderes Leitbild gegenübergestellt:

„Es ist dem sozialethischen Prinzip von Solidarität und Gerechtigkeit zwischen Starken und Schwachen, zwischen heute lebenden und zukünftigen Generationen verpflichtet."

Wie aber kann die Dominanz einer ungehemmt ökonomisch orientierten Globalisierung politisch und demokratisch eingedämmt werden? Wie kann das, was wir sozialethisch fordern und als notwendig erachten, in unserem Land und weltweit überhaupt politikfähig werden? Ich habe in meinem Bericht auf der Landessynode 2005 diese Frage angesprochen und sie fokussiert auf die Aufgaben des Staates und des staatlichen Handelns. Im selben Jahr 2005 war in mehreren Publikationen wie auch in der öffentlichen Debatte deutlich geworden, wie kontrovers diese Frage beurteilt wird: Die Einen fordern weltweit ein weiteres Zurückdrängen staatlicher Aufgaben zugunsten wirtschaftlichen Wachstums im Zeichen der Deregulierung. Die Anderen sehen in der Erneuerung des Staates die vordringlichste Aufgabe (Paul Kirchhof) und warnen davor, dass der Staat mit seinen bisherigen Aufgaben zum „Auslaufmodell" wird und seine Pflichten nicht mehr erfüllen kann (Erhard Eppler).

Als Evangelische Kirche von Westfalen beteiligen wir uns an dieser Diskussion. Wir wollen damit sowohl mit denen ins Gespräch kommen, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung tragen als auch mit Menschen und Gruppen, die sich im Prozess der Globalisierung auf der Verliererseite wiederfinden. Wir bitten vor allem unsere Gemeindeglieder, sich als Christinnen und Christen, als Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv einzumischen und ihrerseits das Gespräch zu suchen. Darin nehmen wir den Impuls auf, den der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz mit ihrem Gemeinsamen Wort „Demokratie braucht Tugenden" zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens gesetzt haben:

„Es fehlt an der Einsicht, dass für die Handlungs- und Leistungsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens seiner Natur gemäß alle verantwortlich sind. Und es fehlt ebenso

[1] Der Soesterberg-Brief an die Kirchen in Westeuropa ist das Ergebnis der ökumenischen Konsultation zur Wirtschaft im Dienst des Lebens, die vom 15. bis 19. Juni 2002 in Soesterberg (Niederlande) stattfand. Die Konsultation war Teil eines weltweiten ökumenischen Prozesses, in dem die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Lutherischen Weltbundes (LWB) und des Reformierten Weltbundes (RWB) gemeinsam die durch die ökonomische Globalisierung gestellten Herausforderungen in ihren Auswirkungen auf das Leben von Menschen und Mitwelt beraten haben und auf sie antworten.

die Einsicht, dass die Demokratie nicht nur verlässliche Strukturen und Verfahren der politischen Entscheidungsfindung braucht, sondern zugleich auf die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung angewiesen ist." (Ebd. 5)

Gegen den Eindruck, dass demokratische Mitwirkungsrechte so zum Verschwinden kommen und letztlich die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen nicht mehr politisch zu beeinflussen sind, ermuntern die Kirchen im Gemeinsamen Wort zur „Wertschätzung der Demokratie und zur Nutzung ihrer Chancen". (Ebd. 15)

Mit der Hauptvorlage „Globalisierung gestalten. Staat und Kirche: herausgefordert zu Recht und Frieden in der einen Welt" lenken wir den Blick auf die gemeinsamen Gestaltungsaufgaben im demokratischen Staat wie in den internationalen Zusammenhängen von Politik und Wirtschaft. Im zweiten Teil wird in vier konkreten Handlungsfeldern beispielhaft vorgestellt, wie dies bereits in unserer westfälischen Kirche geschieht und weiter entfaltet werden kann: Es geht um die friedenspolitische Herausforderung, um den Erhalt der Lebensgrundlagen, um Migration und schließlich zur Überwindung von Armut um die Teilhabe aller an den Gütern des Lebens. In allen vier Handlungsfeldern wird umrissen, wie die geistliche Praxis der Kirche sich mit sozialethischen Einsichten und konkretem bürgerschaftlichen Engagement verbindet.

Die Hauptvorlage gibt aber auch Rechenschaft darüber, auf welcher Grundlage wir in der Evangelischen Kirche diese Positionen entwickeln und verantworten. Die Basis dafür bildet die Theologische Erklärung von Barmen[2], und hier insbesondere die fünfte These. Die Barmer Theologische Erklärung wendet sich gegen den nationalsozialistischen Totalstaat. Sie schärft in ihrer fünften These die Unterscheidung zwischen staatlichen Aufgaben und kirchlichem Auftrag ein. Die Existenz des Staates ist kein Selbstzweck. In der noch nicht erlösten Welt ist er notwendig. Der Staat existiert deshalb und nur deshalb kraft göttlicher Anordnung, weil er die Aufgabe zu erfüllen hat, an die ihn die Kirche im Hören auf Gottes Wort immer wieder erinnern muss: „für Recht und Frieden zu sorgen". Das Maß staatlichen Handelns setzen menschliche Einsicht und menschliches Vermögen. Der Staat ist eine menschliche Gestaltungsaufgabe.

Die Barmer Erklärung hat einen nüchternen Blick auf den Staat, sie tritt gegen den totalitären Machtstaat für den Rechtsstaat ein. Barmen markiert darin einen Wendepunkt in der Geschichte der Evangelischen Kirche und Theologie. Neu ist in Barmen, dass beide, Regierende und Regierte, in einem Wort auf die Verantwortung im Gemeinwesen angesprochen werden. Sicher waren viele Synodale in Barmen – wie Gustav Heinemann es beschreibt – eher geprägt durch ihr Herkommen aus dem Obrigkeitsstaat, der den Regierenden die Verantwortung, den Regierten hingegen alleine den Gehorsam gegenüber dem Staat und seinem Handeln zuwies. Mit Barmen ist demgegenüber die Tür zu einem demokratischen Verständnis des Staates aufgetan. In diesem Verständnis kann der Staat nicht mehr

[2] Den Wortlaut der Theologischen Erklärung von Barmen finden Sie auf S. 74f.

hoheitlich im Gegenüber von „Regierenden und Regierten“ gedacht werden, sondern ausschließlich als Ausprägung politischer Selbstorganisation der Gesellschaft.

Für das wachsende Bewusstsein der politischen Mitverantwortung bei evangelischen Christinnen und Christen nach 1945 gewann die fünfte Barmer These entscheidende Bedeutung. Auf dieser Grundlage entwickelte sich – in Kenntnis der Geschichte zwischen Staat und Evangelischer Kirche in Deutschland – ein positives Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat. Besonders deutlich lässt sich dies nachvollziehen im politischen Wirken von Gustav Heinemann. Er gehörte der Bekennenden Kirche an, war Teilnehmer der Barmer Synode und mit dem Hauptverfasser der Barmer Thesen, Karl Barth, eng befreundet. Vor dem Hintergrund des Zeugnisses der Schrift und vor allem im Rückgriff auf die biblische Rechtsgeschichte legte er das Grundgesetz und die staatliche Ordnung von der Grenze her aus, die mit der unverfügbaren Würde des Menschen gezogen wird:

„Die biblische Geschichte selbst ist ja als eine Rechtsgeschichte bezeugt worden. In dieser Rechtsgeschichte richtet Gott sein Recht auf. Seine Gerechtigkeit kommt zum Zuge, indem er Menschen erwählt, sie aus ihren Bindungen befreit und zum Frieden führt. In der Königsherrschaft Jesu Christi ist Gottes Gerechtigkeit aufgerichtet. Jesus Christus hat alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Alles Daseins- und Lebensrecht ist dem Menschen von Gott zugesprochen.“[3]

Wenn wir uns heute mit dem Staat und den staatlichen Aufgaben im Zeitalter der Globalisierung auseinandersetzen, dann beziehen auch wir uns auf diesen Neuansatz in der Evangelischen Kirche, der mit der Barmer Theologischen Erklärung gesetzt wurde und dann seine Fortschreibung fand. Dabei erinnere ich zunächst an die Denkschrift der EKD von 1985 „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“, wie auch an das Theologische Votum der EKU von 1986 „Für Recht und Frieden sorgen“. In den kirchlichen Stellungnahmen wie auch der theologischen Diskussion und der konkreten Herausforderung für Kirche und Gemeinden heute wird deutlich, wie wir „mit Barmen über Barmen hinaus“ gehen müssen:

- Anstelle des statischen Gegenübers von Staat und Kirche erkennen wir heute ein mehrdimensionales Bild staatlicher Aufgaben und staatsähnlicher Institutionen, wie zum Beispiel EU oder UN.

- Staatliche Aufgabe ist es nicht allein, „für Recht und Frieden zu sorgen“; der Staat hat als Sozialstaat auch die Aufgabe, Wohlfahrtsfunktionen zu übernehmen und dabei die Beteiligungsgerechtigkeit zu fördern; für künftige Generationen hat er menschenwürdige Lebensbedingungen sicherzustellen.

- Die Weiterentwicklung demokratischer Beteiligungsformen, hauptsächlich im zwischenstaatlichen oder transnationalen Bereich, gewinnt zunehmend an Bedeutung.

[3] Gustav Heinemann, Glaubensfreiheit – Bürgerfreiheit. Reden und Aufsätze zu Kirche – Staat – Gesellschaft 1945-1975, Reden und Schriften, Bd. II, hrg. von Diether Koch, 1976, S. 277.

Die Auseinandersetzung mit dem totalen Staat stand im Hintergrund der Barmer Theologischen Erklärung. Der demokratische Rechtsstaat steht gegenwärtig nicht in Gefahr, in solcher Weise überhöht zu werden. Aber durch die ungehemmten Kräfte globalisierten Wirtschaftens wird er in seinen Aufgaben und in der Wahrnehmung seiner Funktion erheblich geschwächt und ausgehöhlt. Auch in dieser Situation kann sich die Theologie von Barmen bewähren. Denn auch heute haben wir als Kirche den Auftrag, den Staat daran zu erinnern, dass er als „göttliche Anordnung" dem Leben zu dienen hat. Solche Erinnerung an „Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit" gilt ebenso den Bürgerinnen und Bürgern – allen, die das Gemeinwesen gestalten und dafür Verantwortung tragen.

Deshalb steht die Auslegung der Barmer Erklärung im Zentrum der Hauptvorlage. Ihre Weise der Urteilsfindung soll auch für unser Urteilen und Handeln heute den Maßstab vorgeben. Nur eine auf Gottes Wort hörende Kirche hat auch etwas zu sagen.

Die erste Barmer These definiert Glauben als Dreischritt von „hören – vertrauen – gehorchen." Diese Abfolge ist von größter theologischer Bedeutung: Am Anfang steht das Hören auf Gottes Wort – seinen Zuspruch und Anspruch in der Person Jesu Christi. Dieses Angesprochenwerden und Hören eröffnet Vertrauen. Und dieses Vertrauen ist nur wahr, wenn es sich im Gehorsam zur Tat, also zu Handlungsschritten und Konkretionen bereitfindet.

Evangelische Kirche zeichnet sich dadurch aus, dass alle Getauften auf Grundlage des Priestertums aller Glaubenden zur vollen und gleichberechtigten Partizipation bestimmt sind. Kirchenleitung hat ihre Aufgabe darin, diese Teilnahme zu ermöglichen und zu ordnen. Dieses evangelische Kirchenverständnis ist eng verbunden mit dem Leitmotiv der mündigen Bürgerinnen und Bürger, die durch ihre aktive Teilnahme das Gemeinwesen in der Demokratie gestalten. Diese Hauptvorlage unterscheidet sich von früheren: Ihr Ziel ist es, vor allem eine Vorlage, also ein Anstoß zu sein, dass wir im Hören auf Gottes Wort und im Vertrauen auf ihn zu gemeinsam entwickelten Konkretionen und Handlungsschritten finden. Die Kirchenleitung wird alle Ergebnisse, die sich aus diesem Diskussionsprozess ergeben, sammeln und in geeigneter Form der Landessynode 2008 vorlegen[4]. Im Zugang auf das 75-jährige Jubiläum der Barmer Theologischen Erklärung im Jahr 2009 wird die Synode sich damit ausführlich befassen können.

Ich wünsche allen, die sich mit der Hauptvorlage in Gremien, Gemeindeveranstaltungen, bei Gottesdiensten, in Unterricht, Weiterbildung oder politischer Diskussion auseinandersetzen, Gottes Segen.

Ihr

Alfred Buß

[4] Siehe zum Verfahren Umschlagsseite 2.

Erster
Die Zeiten

Teil:
ändern sich.

Die Zeiten ändern sich – grundlegende Erkenntnisse bleiben.

Leben in der einen Welt, die sich schnell verändert

Die Funktion des Staates

Die geistliche Dynamik des Glaubens im Hören – Vertrauen – Handeln

Evangelische Kirche von Westfalen

Leben in der einen Welt, die sich schnell verändert

Die Welt verändert sich – das war schon immer so, aber die Geschwindigkeit und die Auswirkungen auf die Welt als Ganzes sind neu. In der Wirtschaft, in der Politik, in der Kultur, in der Kommunikation, in allen Bereichen des Lebens haben die internationalen Verflechtungen zugenommen. Die Grenzen einer Stadt oder eines Landes sind längst nicht mehr die Grenzen der Welt. Wirtschaftliche und politische Beziehungen bringen Länder und Menschen näher zusammen.

Leben im global village

Die eine Seite

Welche Auswirkungen hat die Globalisierung? Für den Einzelnen sieht der globale Alltag vielleicht so aus: Zum Frühstück trinke ich Kaffee aus Kolumbien und esse eine Kiwi aus Neuseeland, fahre dann in meinem in Spanien produzierten Auto zu meinem Arbeitsplatz bei der deutschen Filiale einer amerikanischen Firma, wo ich mehrere Bestellungen aus China und eine Lieferung nach Schweden bearbeite, gegen Mittag profitiere ich von steigenden Börsenkursen in HongKong, abends verkaufe ich über das Internet mit einem in Korea produzierten Computer Omas ausgedientes Kaffeeservice an einen Sammler in Indien, während ich bei einer kalten Cola darüber nachdenke, ob ich im nächsten Urlaub lieber auf die Malediven fliege oder eine Städtetour nach St. Petersburg mache, wo ich auf jeden Fall deutsches Bier, Schnitzel und Pommes frites bekomme.

Die andere Seite

Zum Beispiel: Maureen aus Manila. Sie hat in einem Supermarkt gearbeitet, zwölf Stunden täglich. Sie sah, wie Kolleginnen sich mit Fieber zur Arbeit schleppten: Kranksein können sie sich nicht leisten. Denn wer krank ist, verdient nichts mehr und muss um seinen Job fürchten. Lohnfortzahlung? Krankenversicherung? Rentenversicherung? Sei froh, dass du Arbeit hast. Als einer anderen Kollegin eine schwere Kiste auf den Fuß fiel, musste sie zum Arzt. Sie konnte ihn kaum bezahlen, hinkt seitdem, arbeitet jetzt wieder, ein Wunder, dass man sie noch einmal genommen hat. Unfallversicherung? Hättest du besser aufgepasst. Es warten hundert andere.

Maureen organisierte schließlich, zusammen mit einigen anderen Mutigen, einen Streik. Das Risiko war ihr bekannt. Sie wurde gefeuert. Nun ist sie ohne Arbeit. Und sie findet auch keine mehr, in ganz Manila nicht. Denn sie steht auf einer schwarzen Liste. Der internationale Konzern, dem die Supermarktkette gehört, steht in dieser Hinsicht mit anderen Firmen in gut organisiertem Austausch.

Für Ihre Notizen:

Für Ihre Notizen:

Die Funktion des Staates

Das erste gemeinsame Glaubenszeugnis evangelischer Christinnen und Christen in Deutschland nach der Reformationszeit, die Barmer Theologische Erklärung, wird am 31. Mai 2009 75 Jahre alt. Sie richtet sich in der damaligen politischen Situation gegen den absoluten Anspruch des totalitären Weltanschauungsstaates.

Heute leben wir in einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat, der sich durch eine globalisierte Ökonomie herausgefordert sieht. Die Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der Wirtschaft hat ordnungspolitische Leerräume geschaffen. Öffentliche Aufgaben werden immer mehr privatisiert. Angesichts dieser Situation ist es staatliche Aufgabe, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, der das Risiko einer Ökonomie vermindert, die zum Selbstzweck wird. Letztlich geht es um die klare Definition staatlichen Handelns und damit um das Primat der Politik.

Im Hören auf das Wort Gottes erkennt die Kirche, dass der Staat eine bestimmte Funktion hat, an die sie immer wieder erinnern muss: die Sorge für Recht und Frieden. Dies geschieht im Staat „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt".

Die Barmer Theologische Erklärung sieht den weltlichen Staat im Wort Gottes begründet. Der Staat hat die Aufgabe, „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen". Deshalb fordern die Barmer Thesen die weltanschauliche Neutralität des Staates. Eine Überhöhung des Staats dagegen, die ihn zur „einzigen und totalen Ordnung menschlichen Lebens" machen würde, lehnen sie ab.[1]

Definitionen

Macht: Vermögen, etwas zu bewirken

Gewalt: Anwendung von Macht
- rechtmäßige Gewalt (potestas)
- zerstörerische Gewalt (violentia)

Gewalten: Anwender von Macht: Im demokratischen Rechtsstaat sind die gesetzgebende, die vollziehende, und die rechtsprechende Gewalt getrennt.

Herrschaft: Auf Dauer gestellte Machtausübung durch etablierte Gewalten. Im demokratischen Rechtsstaat gilt die ausschließliche Herrschaft des Rechtes.

[1] Nach: 27. Mai 2004, Bischof Huber zu 70 Jahre Barmen (www.ekd.de)

Fürchtet Gott, ehret den König.
1. Petrus 2, 17

Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.

Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Aus der V. These der Barmer Theologischen Erklärung

Für Ihre Notizen:

Die geistliche Dynamik des Glaubens im Hören – Vertrauen – Handeln

So groß ihre Bedeutung ist, so kurz ist der Text der Barmer Theologischen Erklärung: Eine Einleitung und sechs Thesen. Diese sind nichts anderes als Auslegung der Heiligen Schrift.

Das Schriftwort, das Bekenntnis und die Verwerfung falscher Lehre folgen aufeinander. Auf Gott zu hören, auf ihn zu vertrauen, ihm zu gehorchen und entsprechend zu handeln – diese geistliche Dynamik ist gleichzeitig eine Aussage: Vom biblischen Wort her sind die Bekenntnisaussagen und die Verwerfungen zu verstehen.

„Das Nein hat keine selbständige Bedeutung.
Es hängt ganz an dem Ja.
Es kann nur laut werden,
indem das Ja laut wird".

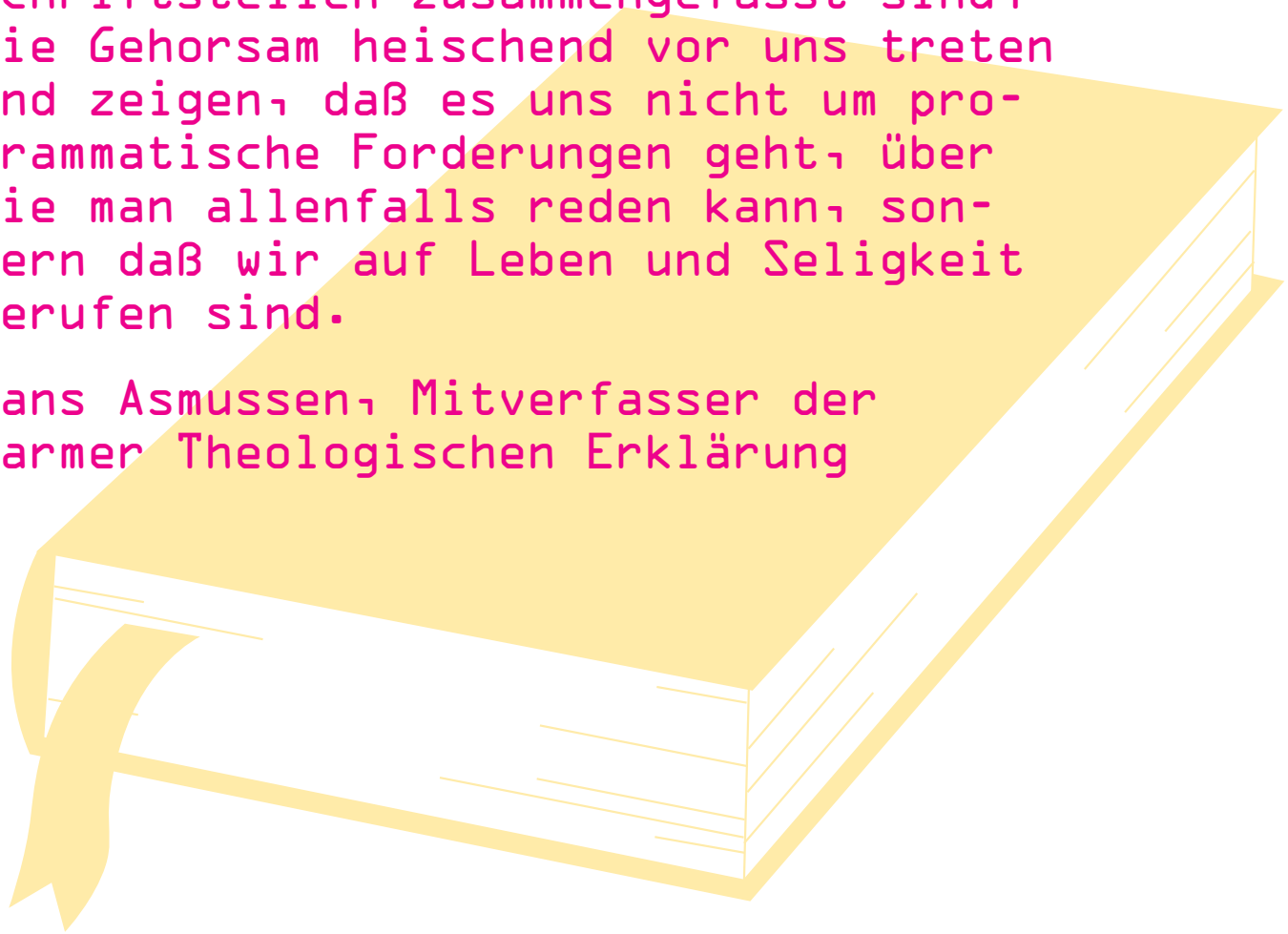
Karl Barth, Mitverfasser der Barmer Theologischen Erklärung

Gottes Ja zu seinen Menschen befreit sie zum Handeln. „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben" heißt es in der ersten These der Barmer Theologischen Erklärung. Der Gehorsam gegenüber diesem einen Wort Gottes befreit dazu, das ganze Leben als „vernünftigen Gottesdienst" (Römer 12, 1) zu gestalten. Das hat kirchenpolitische sowie staats- und gesellschaftspolitische Auswirkungen.

Evangelische Kirche von Westfalen

Jeder unserer Sätze beginnt mit einer Schriftstelle, in welcher nach unserer Überzeugung eine ganze Reihe von Schriftstellen zusammengefasst sind, die Gehorsam heischend vor uns treten und zeigen, daß es uns nicht um programmatische Forderungen geht, über die man allenfalls reden kann, sondern daß wir auf Leben und Seligkeit gerufen sind.

Hans Asmussen, Mitverfasser der Barmer Theologischen Erklärung



Die Bibel spiegelt den globalisierten Alltag wider

Gerechtigkeit

Beichte

Gottes Haus

Abendmahl

Gerechtigkeit

Auf dem Boden Scherben!

Mit der linken Hand presst sie einen Eisbeutel auf die geschwollene Lippe.

In der rechten Hand hält sie die Türklinke.

Neben ihr der kleine braune Koffer, mit dem sie aus dem Kosovo kam.

Sie lässt ihren Blick ein letztes Mal schweifen.

Diese Wohnung hat ihr Sicherheit gegeben.

So, wie sie sich auch damals sicher fühlte – in ihrer Kindheit vor dem Krieg im Kosovo.

Doch dann geriet die innere Sicherheit in Gefahr.

Sie weiß: Gewalt hat immer eine Geschichte.

Wer nicht lernt, Konflikte gewaltfrei zu lösen, greift zu anderen Mitteln.

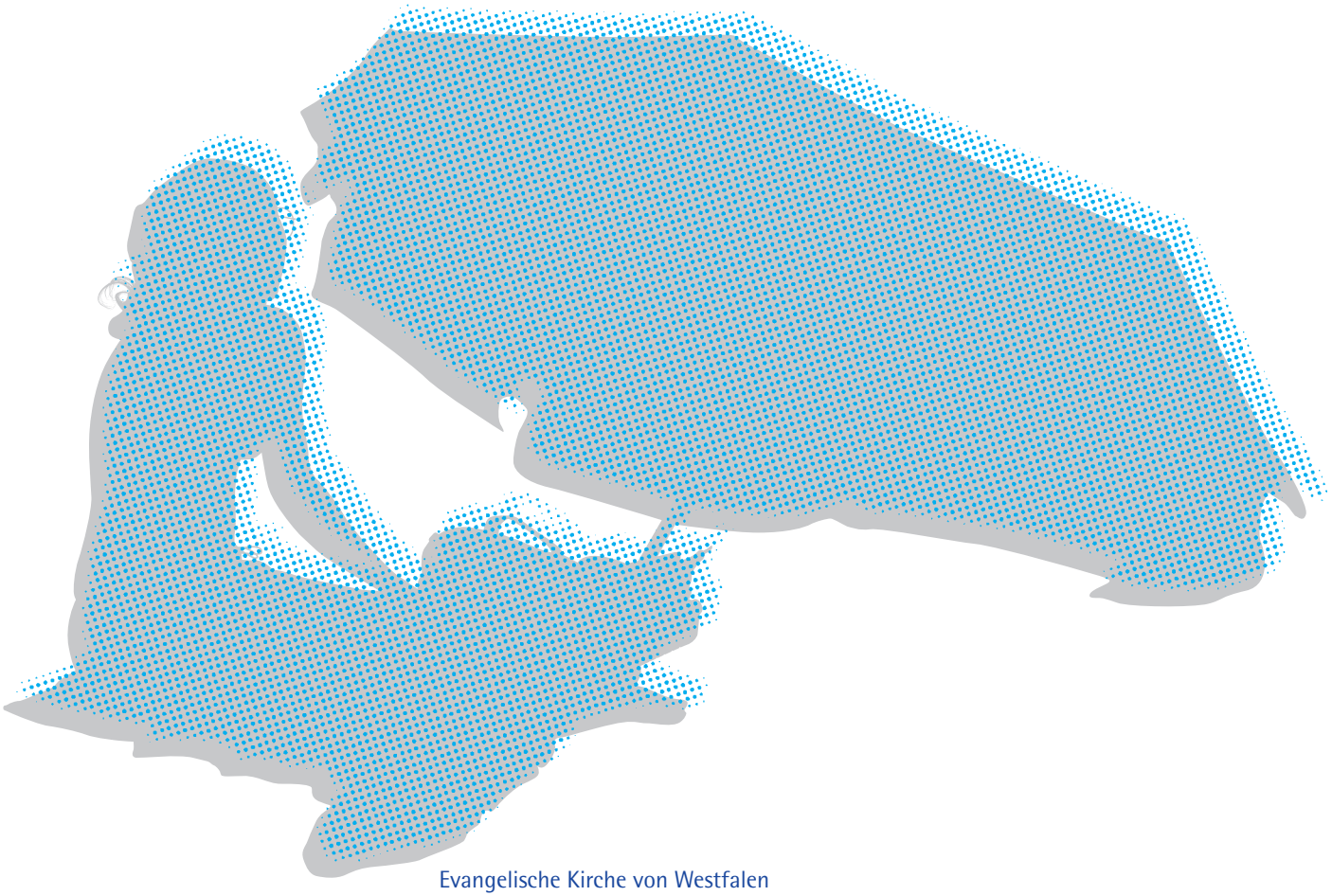
Sie schließt die Tür, nimmt ihren Koffer und flüchtet.

Wohin?

Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens!

Lukas 1, 79

Zum Frieden in der Welt gehört, dass jeder und jede Einzelne in Frieden leben kann. Die Menschenrechte sind ein Maßstab dafür. Zu den Aufgaben des Staates gehört es, die Rechte des Menschen zu schützen. Aber nicht jeder Staat schützt die Menschenrechte. Wie können die Menschenrechte global verwirklicht werden?



Beichte

Zwei Nachbarn: In der Sonne blitzt der Wagen. Der eine platzt vor Stolz.

„Haben wir uns neu gekauft! Wir wollen schließlich im Urlaub unterwegs nicht liegen bleiben!“

Er zwinkert dem anderen zu und beschreibt die Vorzüge.

Weniger CO2-Ausstoß als der Alte, Rußpartikelfilter, zwei Liter weniger Sprit auf 100 Kilometer,

da könne man mit gutem Gewissen Auto fahren.

Schließlich wollten seine Frau und er, dass ihre Enkel auch noch was von der schönen Natur hätten.

Wenn sich das Klima ändere, würde hier ja womöglich alles Wüste!

Da müsse man was gegen tun!

Der andere Nachbar nickt und will wissen:

„Wohin fahren Sie denn in Urlaub?“

„Nach Kroatien! Und Sie?“

„In die Eifel, mit der Bahn!“

Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.

1. Mose 8, 22

Die weltweite Klimaveränderung bedroht das Leben von Mensch und Natur.

Menschen müssen hungern, weil fruchtbares Land versteppt.

Überschwemmungen zerstören ganze Landstriche, Stürme verwüsten riesige Flächen, der Meeresspiegel steigt an.

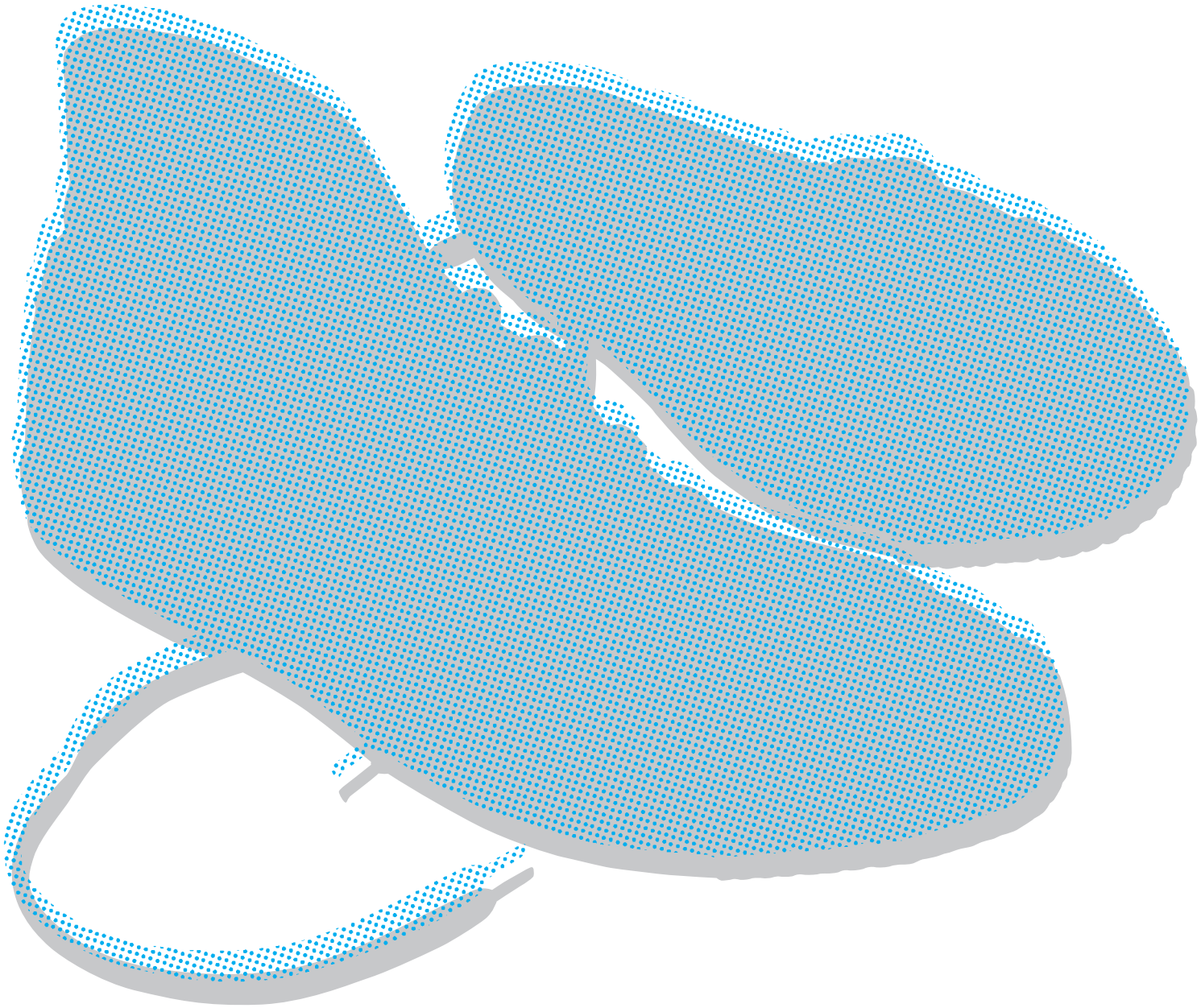
Aufhalten lässt sich diese globale Entwicklung nur durch internationales Zusammenwirken.

Aber mächtige Einzelinteressen stehen dem entgegen.

Wie kann die Verantwortung für die Schöpfung weltweit wahrgenommen werden?

Was kann der einzelne Bürger tun? –

Was die Regierungen und was die Staatengemeinschaft?



Gottes Haus

Eine ganz normale Schulklasse:

Sarfins Familie ist aus Sri Lanka nach Deutschland gekommen,

Alma und Sleiman sind mit ihren Eltern aus dem Kosovo geflohen,

der Vater von Cathreen ist Engländer,

die Eltern von Eugen stammen aus Kasachstan,

Elena und Alex sind dort geboren,

Roberto hat die portugiesische Staatsangehörigkeit,

die Eltern und Großeltern von Mehmet und Sibel kommen aus der Türkei,
leben aber schon lange in Deutschland,

die Mutter von Dennis stammt aus den Niederlanden,

die Mutter von Michael ist Polin.

Franziska, Jessica, Patricia, Verena, Markus, Nils, Sven, Sebastian haben deutsche Eltern,

genau wie Jaqueline La Roche und Justin Matuszewski.

So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen.

Epheser 2, 19

Unser Land ist ein Zimmer im globalen Haus.

Menschen unterschiedlicher Herkunft leben hier.

Je weniger soziale Bindung besteht,

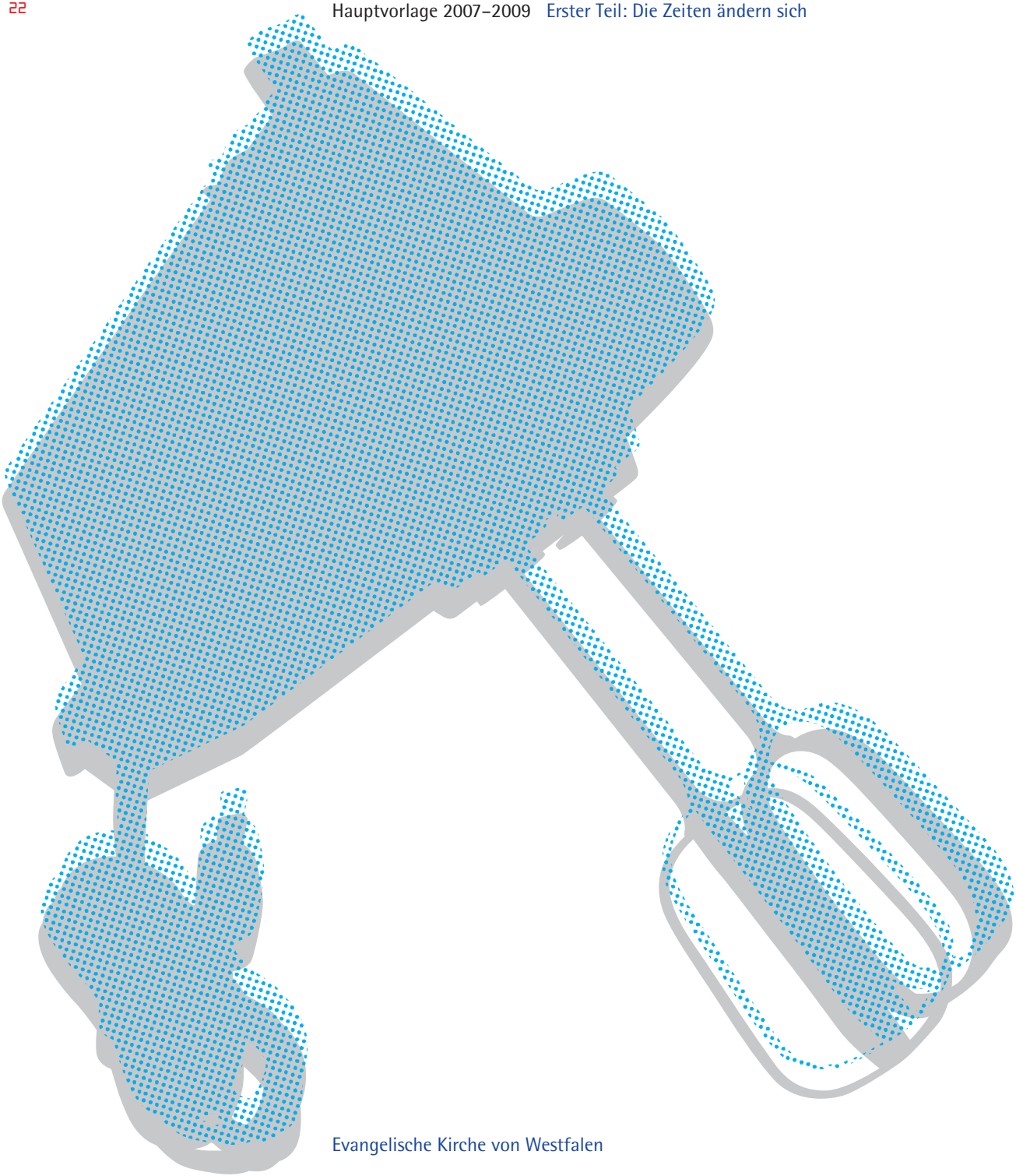
desto größer werden die Konflikte.

Wie kann der Staat verhindern, dass die Gesellschaft auseinander fällt?

Wie viel Schutz muss der Staat gewähren?

Wie viel Integration ist nötig?

Wie viel Integration ist möglich?



Abendmahl

In einer kleinen Gasse neben der Kirche
warten einige Frauen und Männer. Sie lehnen
an Häuserwänden, schauen sich Schaufenster an,
reden miteinander – ruhig und unauffällig.
Plötzlich kommt Bewegung in die Szene.
Ein Mitarbeiter einer Bäckerei schiebt einen
Wagen mit Brot um die Ecke. Was am Abend
nicht verkauft ist, muss entsorgt werden.
Er stellt seinen Wagen ab. Hastig wird zugegriffen.
Brot verschwindet in Taschen. Man schaut sich ein
wenig verstohlen um und geht eilig davon.
Nach einigen Minuten – der Wagen ist leer.

Unser tägliches Brot gib uns heute!

Matthäus 6, 11

Immer mehr Menschen müssen sich mit Resten zufrieden geben.
Armut ist eine Realität in unserem Land.
Wie viel soziale Sicherheit muss der Staat
seinen Bürgerinnen und Bürgern bieten? –
Wann ist die Würde des Menschen gefährdet?

Christinnen und Christen dienen Gott im Alltag

Gottesdienst im Hören – Vertrauen – Handeln

Befreit zum Handeln für die Würde des Menschen in der einen Welt

Gottesdienst im Hören – Vertrauen – Handeln

In Frieden leben, sich an der Schöpfung freuen, sein Auskommen finden und ein Zuhause haben – viele biblische Erzählungen handeln davon, wie Menschen göttlichen Segen erfahren oder sich danach sehnen. Die Schrift lehrt, die Gabe des Lebens als Ausdruck der liebenden Zuwendung Gottes zu verstehen. Gottes Barmherzigkeit und die Dankbarkeit des Menschen entsprechen einander wie Wort und Antwort.

Zu Beginn des 12. Kapitels im Römerbrief kommt der Apostel Paulus auf das grundlegende Heilshandeln Gottes und den Gottesdienst der Christen inmitten der Welt zu sprechen.

„Ich ermahne euch nun, liebe Brüder, durch die Barmherzigkeit Gottes, dass ihr eure Leiber hingebt als ein Opfer, das lebendig, heilig, Gott wohlgefällig ist. Das sei euer vernünftiger Gottesdienst. Und stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes, damit ihr prüfen könnt, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene."

Paulus im Brief an die Römer, Kapitel 12, Verse 1+2

Gott rührt Menschen an in seiner Barmherzigkeit; in ihren Herzen, in ihrem innersten Menschsein. Gott weckt das Vertrauen, entsprechend der empfangenen Liebe zu leben.

Wen Gottes Barmherzigkeit anrührt, der wird herausgeführt aus den knechtenden und gottlosen Bindungen in die Freiheit eines Kindes Gottes. Gottes Gabe der Gerechtigkeit befreit zum Handeln

„Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und in gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbaren Dienst an seinen Geschöpfen."

Aus: These II der Barmer Theologischen Erklärung

Für Ihre Notizen:

Für Ihre Notizen:

Befreit zum Handeln für die Würde des Menschen in der einen Welt

„Auch die Schöpfung wird frei werden von der Knechtschaft der Vergänglichkeit zu der herrlichen Freiheit der Kinder Gottes. Denn wir wissen, dass die ganze Schöpfung bis zu diesem Augenblick mit uns seufzt und sich ängstet. Nicht allein aber sie, sondern auch wir selbst, die wir den Geist als Erstlingsgabe haben, seufzen in uns selbst und sehnen uns nach der Kindschaft, der Erlösung unseres Leibes. Denn wir sind zwar gerettet, doch auf Hoffnung."

Brief des Paulus an die Römer, Kapitel 8, Verse 21 – 24

Der Gottesdienst im Alltag der Welt führt den Menschen zum Dienst an der Schöpfung. Mit der Taufe hat für Christen ein neues Leben begonnen. Dieses Leben erneuert die Beziehung zu Gott, zu den Mitmenschen und zu der Schöpfung. Christen sind den Mächten, die das Weltgeschehen weitgehend bestimmen, nicht ausgeliefert. Sie können gegen die Regeln der bestehenden Welt protestieren.

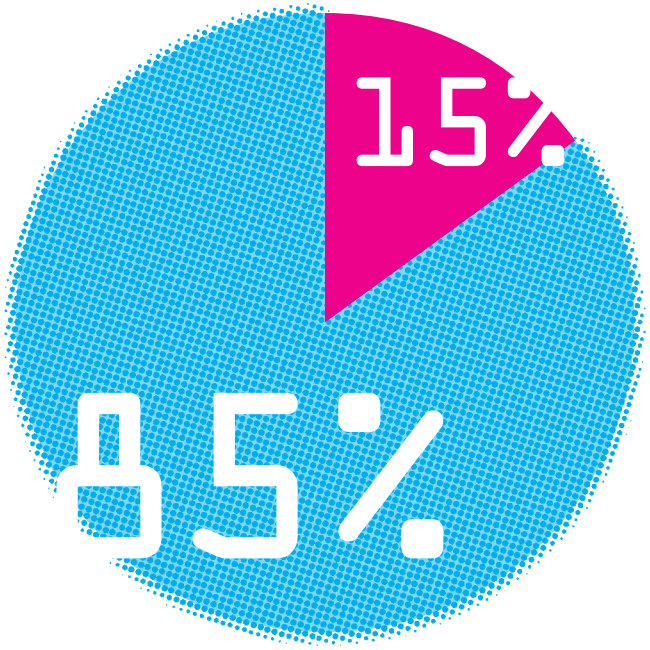
Am Anfang stehen Hören auf das Wort und Empfangen der Barmherzigkeit Gottes. Christen sollen prüfen und abwägen, was jeweils im Sinne der liebenden Gerechtigkeit Gottes zu tun ist. Dies geschieht in der Bindung an Gottes Wort im Hören – Vertrauen – Handeln. Menschliches Wollen darf nicht mit dem Willen Gottes verwechselt werden. Die Geister zu unterscheiden, ist eine Gabe Gottes.

Barmherzigkeit ist nie abstrakt. Sie ist eine Begegnung in Liebe. In Jesus Christus ist das Antlitz Gottes liebend zugewandt und schenkt den Menschen Ansehen – das Ansehen und die Würde eines Kindes Gottes.

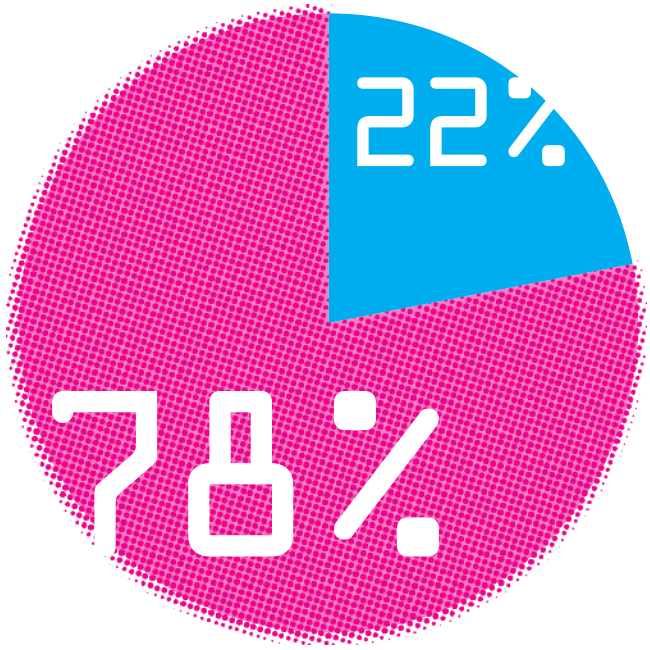
Christen sind herausgefordert, sich zu erheben gegen die Missachtung der Würde des Menschen durch Gewalt und Verweigerung der Menschenrechte, durch ungerechte Verteilung der Güter im Zuge der Globalisierung.

Die Barmherzigkeit Gottes widerspricht einer Haltung, in der Menschen ausschließlich danach beurteilt werden, was sie leisten und sich leisten können.

Weltbevölkerung
Daten der Weltbank, 2005



Welteinkommen
Daten der Weltbank, 2005



- Reicher Norden
- Armer Süden

Prof. Sampie J. Terreblanche

Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.
Amos 5, 24

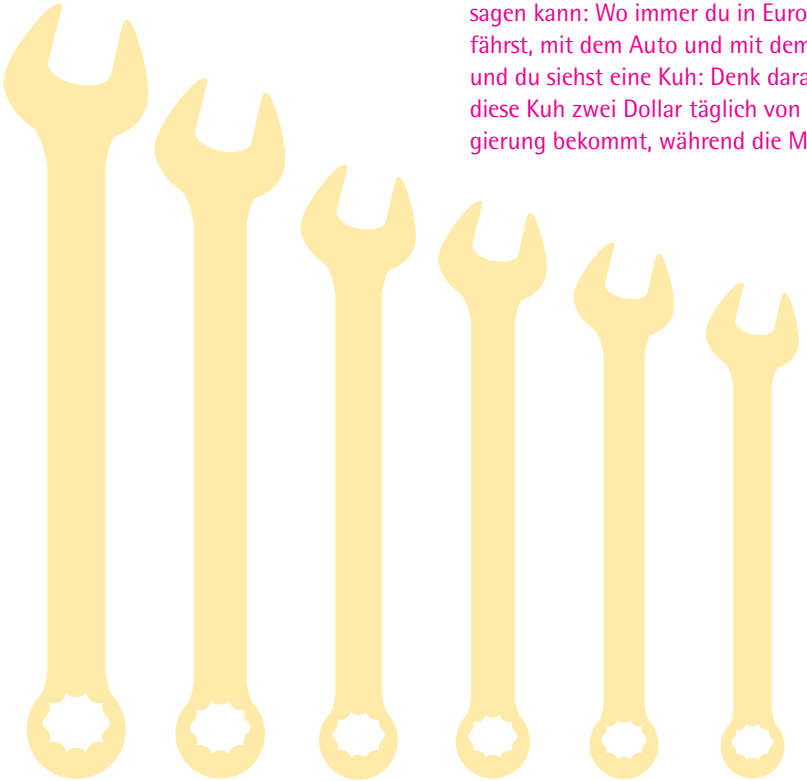
Für Ihre Notizen:

„Wir haben über die Armut in den Ländern in Afrika mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1,1 Prozent des Einkommens in den USA geredet. Ein wichtiger Grund für diese andauernde Armut sind die landwirtschaftlichen Subventionen, die europäische Länder, die USA und Japan an ihre Bauern zahlen. In Europa sind sie sehr umfassend auf Bitten der Franzosen. In Europa bekommt jede Kuh eine Subvention von der Regierung in Höhe von zwei Dollar täglich. Ich sage meinen Studenten, und ich nehme an, dass ich, um wahrhaftig zu bleiben, es Ihnen auch sagen kann: Wo immer du in Europa fährst, mit dem Auto und mit dem Zug, und du siehst eine Kuh: Denk daran, dass diese Kuh zwei Dollar täglich von der Regierung bekommt, während die Menschen in Afrika mit weniger als 70 amerikanischen Cents pro Tag auskommen müssen. (...) In mehreren Reden, die Thabo Mbeki gehalten hat, beschreibt er die heutige Welt als eine Welt der globalen Apartheid, in der 15 Prozent der Weltbevölkerung 78 Prozent des Einkommens bekommen."

Prof. Sampie J. Terreblanche[2]

Christen können sich ungerechten Strukturen und Verhaltensweisen in dieser Welt nicht entziehen. Als Teil der noch nicht erlösten Welt werden auch sie schuldig.

Dafür bitten sie um Vergebung und vertrauen auf Vergebung. Deshalb brauchen sie sich nicht entmutigen und mundtot machen zu lassen.



[2] Vortrag vor der Delegation der westfälischen Kirchenleitung am 28. Juni 2007 in der Universität Stellenbosch, Südafrika

Im Oktober 1945 haben sich Vertreter der evangelischen Kirchen in Deutschland in Stuttgart getroffen, um über ihre Rolle und ihr Wirken während der Zeit der NS-Diktatur zu beraten. Am 19. Oktober 1945 veröffentlichten sie die „Stuttgarter Schulderklärung", in der es heißt:

„Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. Gegründet auf die Heilige Schrift, mit ganzem Ernst ausgerichtet auf den alleinigen Herrn der Kirche, gehen sie daran, sich von glaubensfremden Einflüssen zu reinigen und sich selber zu ordnen. Wir hoffen zu dem Gott der Gnade und Barmherzigkeit, daß Er unsere Kirchen als Sein Werkzeug brauchen und ihnen Vollmacht geben wird, Sein Wort zu verkündigen und Seinem Willen Gehorsam zu schaffen bei uns selbst und bei unserem ganzen Volk.
...
Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen, dem Geist der Macht und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann."

Globalisierung – so alt wie die Menschheit

Gesichter der Globalisierung

Globale Ausrichtung des Christentums

Grundsymbol der Globalisierung

Chancen und Risiken

Gesichter der Globalisierung

Seit den 1990er Jahren ist der Begriff „Globalisierung“ in aller Munde. Gleichzeitig gibt es bis heute keine allgemein akzeptierte Definition des Phänomens der Globalisierung. Im deutschen Sprachraum ist er erstmals in den 60er Jahren durch den Studentenführer Rudi Dutschke nachzuweisen. Ihm ging es um die Globalisierung der revolutionären Kräfte.

Globalisierung lässt sich nicht auf Einzelphänomene wie internationales, multinationales oder transnationales Handeln beschränken.

Definitionen

- International sind Verbindungen zwischen Staaten.
- Multinational sind Verbindungen zwischen weit übergreifenden Einrichtungen, die in verschiedenen Ländern präsent sind – wie etwa Konfessionen oder wirtschaftliche Konzerne.
- Transnational sind grenzüberschreitende soziale, ökonomische, politische und kulturelle Verbindungen von Menschen, durch die weder ein Staat noch eine große Einrichtung vertreten ist – wie bei der Migration[3].

[3] Nach Portes, Alejandro (2001):Transnational Entrepreneurs:The Emergence and Determinants of an Alternative Form of Immigrant Economic Adaptation1 (WPTC-01-05). Oxford: Institute of Social and Cultural Anthropology, University of Oxford.

Die Globalisierung erweitert und verdichtet die Beziehungen zwischen Staaten, Gesellschaftssystemen und Unternehmen. Die stärker globalisierte Ökonomie verschärft den Wettbewerb weltweit. Die Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten verändert sich. Um Handlungsmöglichkeiten zu bewahren, bilden Staaten miteinander neue, supranationale Räume politischen Handelns wie die Europäische Union. Die damit verbundene Abtretung von Souveränitätsrechten an überstaatliche politische Ordnungen relativiert den Einfluss der einzelnen Mitgliedstaaten und den ihrer Wählerinnen und Wähler.

Aus: „Demokratie braucht Tugenden“, Gemeinsames Wort der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, 2006

Globalisierung hat viele Gesichter und durchdringt alle Lebensbereiche. Das Phänomen der Globalisierung hat es immer gegeben. Im Sinne der Einheit der Welt ist sie ein uralter Menschheitstraum und ist zu allen Zeiten und bei allen Völkern präsent gewesen.

Globale Ausrichtung des Christentums

Das Christentum ist seit seinen Anfängen ökumenisch und in diesem Sinne global ausgerichtet. Gleich am Anfang der Apostelgeschichte werden die Jünger beauftragt, Zeugen „in Jerusalem und in ganz Judäa und Samaria und bis an das Ende der Erde“

Für Ihre Notizen:

Für Ihre Notizen:

(Apostelgeschichte 1,8) zu sein. Das Evangelium ist Gottes Wort an alle Menschen, an allen Orten und zu allen Zeiten. So plante Paulus, bis ans Ende der ihm damals bekannten Welt nach Spanien zu reisen, um dort Christus zu verkündigen.

„Denn ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus."

Galaterbrief, Kapitel 3, Verse 27 – 28

Die Christenheit heute hat mit ihrem universalen Auftrag globale Kontakte in fast alle Kulturen und andere Religionen hinein. Sie beinhaltet von Anfang an eine Pluralität der Lebensüberzeugungen, Kulturen und ethischen Konzepte unter den christlichen Gemeinden. Innerhalb der Gemeinschaft verlieren soziale und kulturelle Unterschiede ihre Bedeutung dadurch, dass die Einheit aller Glaubenden „in Christus" betont wird und dass dies zur Akzeptanz des Einzelnen als Individuum führt.

Grundsymbol der Globalisierung

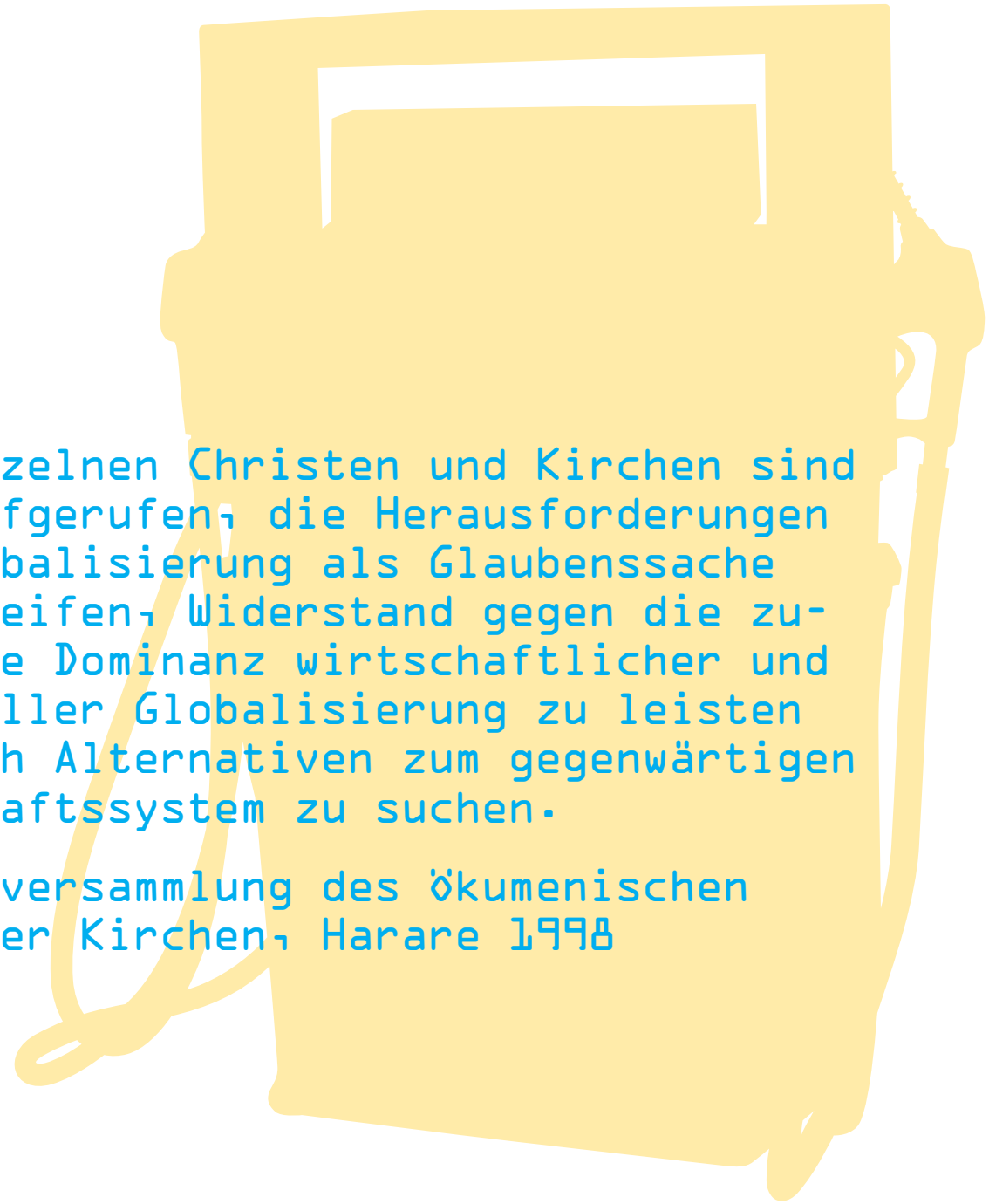
Neu an der Globalisierung im 21. Jahrhundert ist, wie schnell sie voranschreitet. Ihr Bezugspunkt ist die ganze Welt. Das Grundsymbol der Globalisierung ist das „World Wide Web". Die Entwicklung der Computertechnologie stellt den „Quantensprung zur weltweiten Verflechtung dar".[4] Zu den Erscheinungsformen der Globalisierung gehört, dass Transportmöglichkeiten preisgünstiger und schneller geworden sind, der Migrationsdruck ansteigt, Produkte weltweit vermarktet werden können.

Die eine Seite

New York. Betty Smith hat Hunger auf Pizza. Sie wählt die Nummer des Pizza-Services an der Ecke Broadway/51. Straße. Am Telefon eine höfliche weibliche Stimme mit perfektem Englisch – nicht der nuschelnde, radebrechende Italiener wie sonst. Hat sie sich etwa verwählt?

Nein, der Pizza-Service nutzt seit Neuestem ein Callcenter für seine Auftragsannahme – in Chottanagpur, Indien. Das ist zwar weit weg, aber seitdem hat es keine Probleme mehr mit falschen Pizzen oder Lieferadressen gegeben.

[4] Jörg Hübner, Evangelisches Soziallexikon, Kohlhammer 2001, Artikel Globalisierung, Spalte 638



Die einzelnen Christen und Kirchen sind dazu aufgerufen, die Herausforderungen der Globalisierung als Glaubenssache zu begreifen, Widerstand gegen die zunehmende Dominanz wirtschaftlicher und kultureller Globalisierung zu leisten und nach Alternativen zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem zu suchen.

8. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Harare 1998

Für Ihre Notizen:

Betty Smith bekommt 20 Minuten später „ihre" Pizza geliefert, übrigens von einem fröhlich pfeifenden Rastaman aus Jamaika …

Utopie? Nein, Realität in Zeiten der Globalisierung!

Auch in Deutschland hat diese Zukunft bereits begonnen. Der Statiker aus dem Münsterland, der seine Blaupausen und andere Unterlagen abends per E-Mail nach Indien schickt und am nächsten Morgen die fertigen Unterlagen mit allen Berechnungen zur Vorlage bei der Behörde wieder auf seinem Computer hat, gehört mittlerweile auch dazu.

Die andere Seite

Stundenlohn: drei Namibische Dollar (40 Euro-Cent). Arbeitszeit: bis zu zwölf Stunden täglich, Überstunden werden erzwungen. Bedingungen: Die Luft ist voller feinster Faserteilchen, die in die Atemwege eindringen; völlig unzureichende Schutzvorrichtungen. Toilettengänge werden auf die Minute genau registriert, wer länger als fünf Minuten bleibt, wird bestraft; dabei gibt es zu wenige Toiletten, es bilden sich oft Schlangen davor.

Realität in einer Fabrik, die ein malayischer Textilkonzern in Namibias Hauptstadt Windhoek errichtet hat. Hier wurde Baumwolle aus Westafrika für den US-amerikanischen Markt verarbeitet.

In der Hoffnung auf 8.000 Arbeitsplätze gewährte die namibische Regierung dem Konzern nicht nur umfassende Befreiung von Steuern und Zöllen, sondern stellte auch die nötige Infrastruktur, verbilligtes Wasser und Energie zur Verfügung. Ungehindert konnte die Fabrik in großen Mengen Aluminium, Kupfer und Bor in das Trinkwasser leiten. Die Infrastruktur kostete den Staat und damit den Steuerzahler in Namibia weit über zehn Millionen Euro – etwa so viel wie die gesamten Löhne aller namibischen Arbeiterinnen zusammen in vier Jahren.

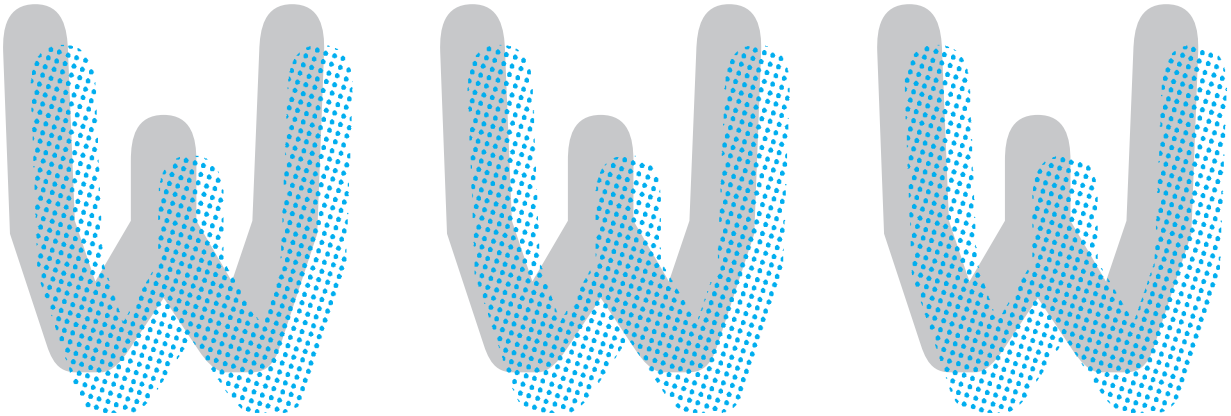
Nach mehreren Entlassungswellen sind heute noch etwa 3.000 Namibierinnen in der Textilfabrik beschäftigt. Mit weiteren Entlassungen wird gerechnet. Wie andere transnationale Konzerne auch ist die Firma mobil und kann ihre Fabrikgebäude in Namibia problemlos demontieren und anderswo wieder aufstellen.

Chancen und Risiken

Die Globalisierung hat weltweit Auswirkungen auf die Ökonomie, den Arbeitsmarkt, die Ökologie und die gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie birgt Chancen und Risiken. Sie ist an sich nicht gut oder schlecht. Es kommt darauf an, sie zu gestalten.

„Die ökonomische Globalisierung ist am stärksten im Bereich des internationalen Finanz- und Geldsystems vorangeschritten. Die Beziehung zwischen der Macht der Finanzmärkte und der Macht der Nationalstaaten hat sich auf dramatische Weise verschoben. Eine alles erfassende Hinwendung zu den auf Profit ausgerichteten Interessen der Aktienbesitzer („shareholder value") hat Geldströme und finanzielle Transaktionen in zunehmendem Maße von der realen Ökonomie abgekoppelt. Das Kapital konnte dadurch zum Selbstzweck werden, anstatt ein Mittel zu sein, das den Bedürfnissen der Menschen dient. Neben anderen Entwicklungen hat dies bereits zu einer ganzen Reihe verheerender finanzieller Krisen geführt und in der Folge zu einer fortwährenden Umverteilung des Reichtums von den Armen zu den Wohlhabenden, sowohl innerhalb wie zwischen einzelnen Ländern. Das Ergebnis ist ein noch nie da gewesenes Ausmaß globaler Ungleichheit und Instabilität."

Aus: Wirtschaft im Dienst des Lebens – Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen zum Soesterberg-Brief, 2004



Die Kirche erinnert den Staat an seine Aufgaben und unterstützt ihn.

Die Kirche erinnert an die Bedeutung des Staates

Kirche und Staat gemäß göttlicher Anordnung

Recht und Gerechtigkeit gehören zusammen

Die Verwerfungen von 1934 und die Herausforderungen von heute

Die Kirche erinnert an die Bedeutung des Staates

Für die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens kommt dem Staat entscheidende Bedeutung zu. Nach der fünften Barmer These ist er eine gute Anordnung Gottes und hat ihr entsprechend für Recht und Frieden zu sorgen. Aus heutiger Sicht gehört auch die Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung zu den Aufgaben des Staates. Die Kirche erinnert daran, was es für das Verhältnis von Kirche und Staat bedeutet, auf Gottes Wort zu hören, ihm zu vertrauen und entsprechend zu handeln.

„Fürchtet Gott, ehret den König."

1. Petrusbrief, Kapitel 2, Vers 17

Gott fürchten und den „König" ehren bedeutet weder einen unkritischen Untertanengehorsam noch eine Beziehungslosigkeit zwischen Staat und Kirche.

Die Furcht im Sinne einer respektvollen Liebe gebührt Gott allein. Der Staat braucht grundlegende Akzeptanz und die aktive Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können.

„Die Anerkennung der staatlichen Autorität hat in der Gottesfurcht ihren Grund und ihre Grenze. Zwischen der Gottesfurcht und dem Respekt vor dem Staat herrscht ein eindeutiges und unumkehrbares Gefälle."

Prof. Wolfgang Huber[5]

Christen machen von ihrer Freiheit Gebrauch, wenn sie sich als mündige Bürger im demokratischen Rechtsstaat engagieren. Mit der Barmer Theologischen Erklärung erinnern sie „an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit". So lenken sie auch „den Blick auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzumutbare, das Menschenunwürdige und strukturelle Ungerechtigkeiten."

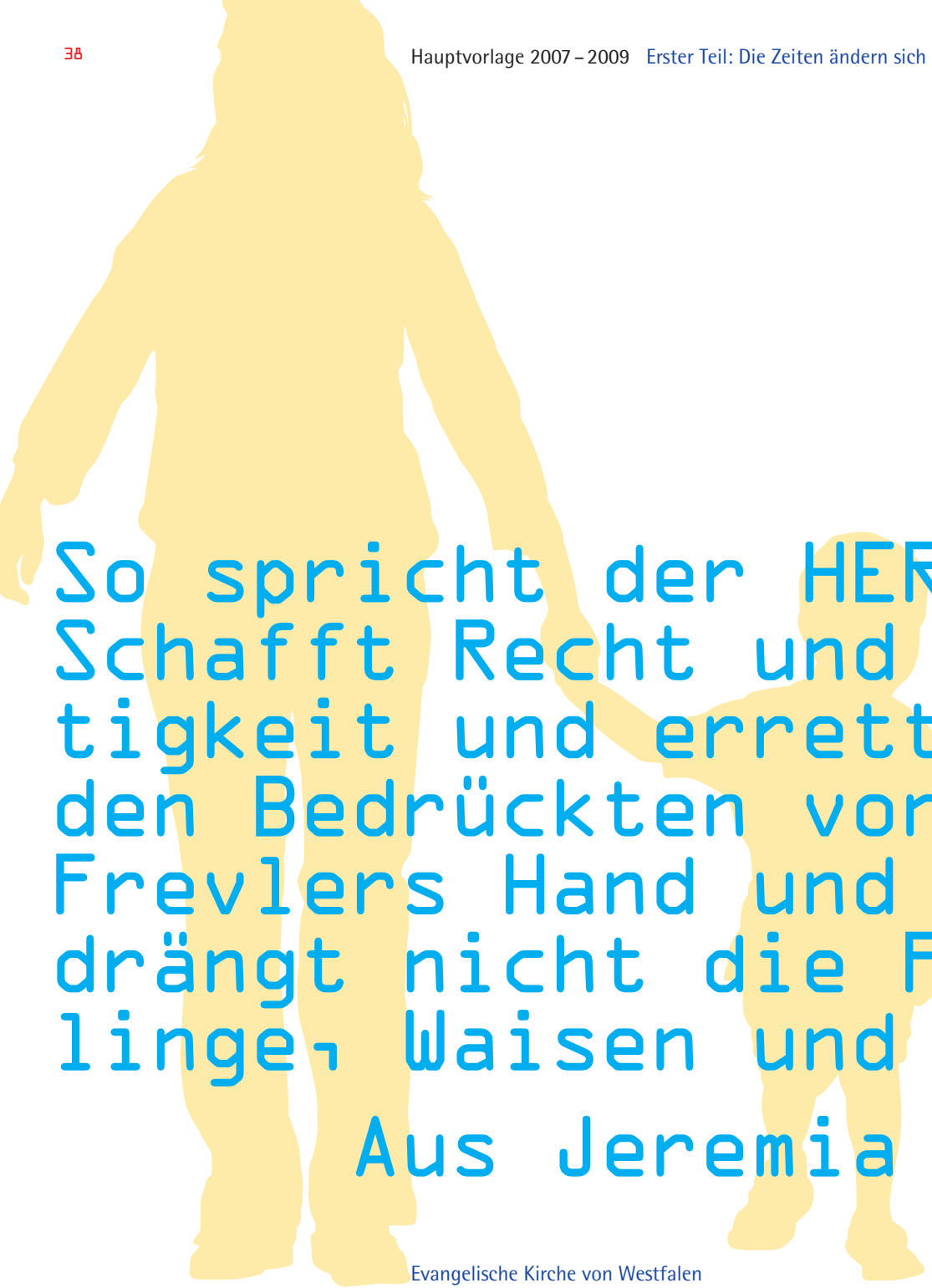
Kirche und Staat gemäß göttlicher Anordnung

Kirche und Staat haben beide ihren Ort „in der noch nicht erlösten Welt", betont die Barmer Theologische Erklärung:

„Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen."

Für Ihre Notizen:

[5] W. Huber, Einleitungsthesen, in: Barmer Theologische Erklärung 1934 - 1984. Geschichte - Wirkung - Defizite, hg. von W. Hüffmeier u. M. Stöhr, 1984, S. 212.



So spricht der HERR: Schafft Recht und Gerechtigkeit und errettet den Bedrückten von des Frevlers Hand und bedrängt nicht die Fremdlinge, Waisen und Witwen.

Aus Jeremia 22, 3

Recht und Frieden sind unverzichtbar und in der noch nicht erlösten Welt ständig bedroht. Der Staat existiert, weil er nach göttlicher Anordnung eine dienende Aufgabe für die menschliche Gemeinschaft hat: Er hat „unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden" zu sorgen. Um seine Funktion zu erfüllen, muss er über die notwendigen Mittel verfügen können.

„Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an."

Die Kirche erinnert an die Maßstäbe dessen, der die Anordnung getroffen hat.

„Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten."

In der Perspektive des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit sind Regierende und Regierte zu gemeinsamer Verantwortung gerufen. An die Stelle obrigkeitlichen Gehorsams setzt die Barmer Theologische Erklärung die gemeinsame Verantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens.

„Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt."

Recht und Gerechtigkeit gehören zusammen

In der Perspektive der Barmer Theologischen Erklärung gehören Recht und Gerechtigkeit zusammen. Gottes Gerechtigkeit ist Gottes Barmherzigkeit. Gott wendet sich dem Sünder gnädig zu und erbarmt sich der Hilflosen und Armen. Deshalb ist die Aufgabe von Christen, sich in der menschlichen Gesellschaft für das Recht derer einzusetzen, die Unrecht leiden. Doch es ist zwischen menschlichen Gerechtigkeitsvorstellungen und Gottes Gerechtigkeit zu unterscheiden. Die erste Frage lautet deshalb: „Was tut Gott?" Die zweite Frage ist „Was soll ich tun?" Dabei sind die konkreten Lebenszusammenhänge von Bedeutung. Sie bestehen oft aus einem komplizierten Netz von Umständen, menschlichen Wechselbeziehungen, politischen Vorgaben und gesellschaftlichen Bedingungen.

Was bedeutet Gottes Gerechtigkeit für das Handeln in der einen Welt, wenn es beispielsweise darum geht, wie

- Ressourcen verteilt werden,
- gesellschaftliche Teilhabe und Bildung gestaltet wird,
- Konflikte zwischen Staaten gelöst werden,
- individuelle und soziale Menschenrechte aktiv geschützt werden.

Für Ihre Notizen:

Für Ihre Notizen:

Die Verwerfungen von 1934 und die Herausforderungen von heute

Die fünfte Barmer These schließt mit zwei Verwerfungen. Sie gelten einer religiösen Anmaßung des Staates sowie einer politischen Anmaßung der Kirche.

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden."

Die Verfasser der Barmer Theologischen Erklärung lebten in einem totalitären Staat. Dieser ging über die politische Selbstorganisation der Gesellschaft weit hinaus und nahm die Eigenständigkeit der Gesellschaft gegenüber dem Staat zurück.

Die Kirche hat heute nicht mehr nur den Staat als Gegenüber, sondern auch die Gesellschaft in ihren verschiedenen Handlungsfeldern. Totalitäre Ansprüche drohen, wenn einzelne Teilbereiche der Gesellschaft – zum Beispiel Teile der globalisierten Ökonomie – ihre Auffassungen für absolut erklären.

Was heißt es, in dieser Zeit an Gottes Reich, sein Gebot und seine Gerechtigkeit zu erinnern? Die Perspektive ist, das Konzept der sozialen Marktwirtschaft in einem transnationalen Ordnungsrahmen weiterzuentwickeln.

In der Bundesrepublik Deutschland hat es die erfolgreiche Einführung eines solchen Modells, das eine handlungsfähige politische Rahmenordnung mit marktwirtschaftlichen Erfordernissen verbindet, mit der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft" gegeben. Dieses Ordnungsmodell verstand sich in historischer Perspektive nach 1945 als ein Vermittlungsversuch von liberalen Wirtschaftsansätzen mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der christlichen Kirchen und der Arbeiterbewegung.

Wesentlich für das Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft – so das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997 – war und ist, „dass wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Ausgleich als gleichrangige Ziele und jeweils der eine Aspekt als Voraussetzung für die Verwirklichung des anderen begriffen werden."

Aus: Wirtschaft im Dienst des Lebens – Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen zum Soesterberg-Brief, 2004

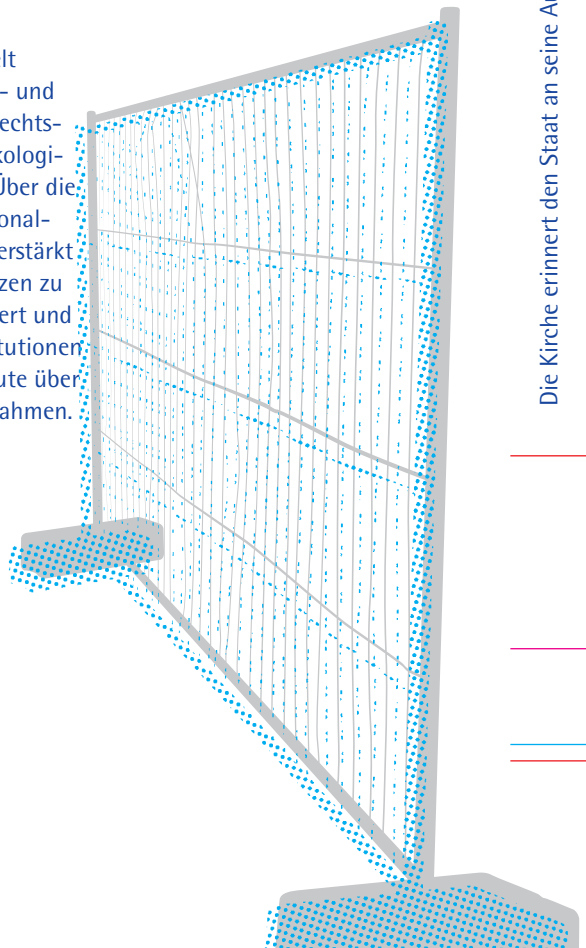
Dabei sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

- Das Gegenüber von Staat und Kirche hat sich zu einer mehrdimensionalen Wirklichkeit verändert: Der Staat ist nicht gesellschaftsunabhängige Hoheitsmacht, sondern politische Selbstorganisation der Gesellschaft. Neben die Staaten treten global operierende Konzerne und Nichtregierungsorganisationen. Auch zwischen den Kirchen sind die Chancen und Notwendigkeiten ökumenischer Wahrnehmung und Kooperation gewachsen.

- In Barmen wird die Wohlfahrtsfunktion des Staates nicht ausdrücklich genannt. An die Stelle barmherziger Fürsorge ist die individuelle Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen zur Selbstständigkeit getreten. Aus den einstigen Empfängern von Zuwendungen sind Träger sozialer Rechte geworden. Unter dem Konkurrenzdruck auf dem Markt sozialer Anbieter suchen diakonische Einrichtungen nach verlässlichen Regeln, ihren diakonischen Auftrag zum Wohle der Menschen zu erfüllen. In einer europäischen Verfassung ist die soziale Verantwortung der Staatengemeinschaft zu verankern.

- Unter den Bedingungen der Globalisierung ist neu nachzudenken über die politische und bürgerschaftliche Form, in der gemeinsame Verantwortung wahrgenommen werden kann. Die Privatisierung staatlicher Aufgaben und der steigende Einfluss wirtschaftlicher Entscheidungsträger verringern die Möglichkeiten des Bürgers, durch die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter Einfluss zu nehmen. Damit ist die demokratische Kontrolle nicht gewährleistet. Das Primat der Politik ist zurückzugewinnen und zu gestalten.

- Recht und Frieden in der einen Welt betreffen unmittelbar die Friedens- und Sozialpolitik. Eine internationale Rechts- und Friedensordnung wird auch ökologische Fragen einbeziehen müssen. Über die bleibende Verantwortung der Nationalstaaten hinaus sind diese Fragen verstärkt zur Aufgabe internationaler Allianzen zu machen, die demokratisch legitimiert und kontrolliert sind. Europäische Institutionen und Initiativen verfügen schon heute über einen funktionsfähigen Ordnungsrahmen.



Die Würde des Menschen zu schützen ist und bleibt eine vorrangige Aufgabe.

Die Würde des Menschen im Rechtsstaat

Die Würde des Menschen aus biblischer Sicht

Die Würde des Menschen und die Aufgabe der Menschenrechte

Die Würde des Menschen im Rechtsstaat

Die Aufgabe, für Recht und Frieden zu sorgen, ist im Sinne der Erinnerung an Gottes Gerechtigkeit zu ergänzen. Der Staat schafft nicht alles Recht neu, er findet in den Menschenrechten einen Rahmen vor, dem er unwiderruflich verpflichtet ist.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar." So steht es am Anfang des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben."

...

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

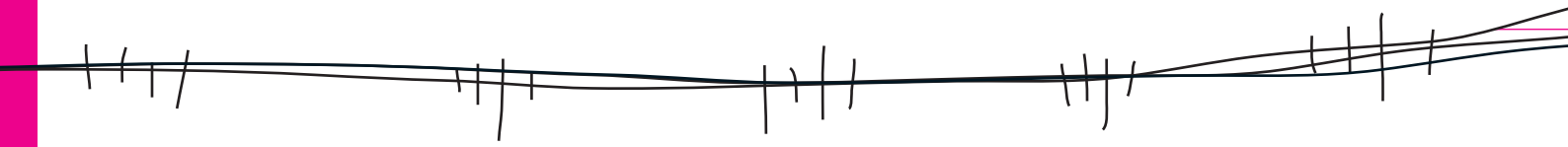
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Aus: Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Doch was so einleuchtend und selbstverständlich klingt, bereitet dem Rechtsanwender Schwierigkeiten: Zunächst stellt sich die grundlegende Frage, was Würde im verfassungsrechtlichen Sinne ist und was die Würde des Menschen ausmacht.

Verschiedene Ansätze, die verfassungsrechtliche Würde des Menschen positiv zu definieren und sie beispielsweise theologisch als „Mitgift Gottes" zu begreifen, haben sich schon deshalb nicht durchsetzen können, weil sie rechtlich nicht praktikabel sind.

Für Ihre Notizen:



Für Ihre Notizen:

Üblicherweise wird die Menschenwürde daher von der Seite ihrer Gefährdungen und Verletzungen her beschrieben[6]: Sklaverei, Völkermord und Folter gelten dabei als gängige Beispiele für die Verletzung der Menschenwürde.

Der „Kampf gegen den Terror" seit den Anschlägen vom 11. September 2001 zeigt, wie schnell Menschenrechte auch durch alte westliche Demokratien verletzt und ausgehöhlt werden können. Beispielhaft hierfür stehen Folter in dem Gefängnis Abu Ghureib und die Verletzung fundamentaler Prinzipien des Rechtsstaates in Guantanamo.

Carlo Schmid, einer der Gründerväter der Verfassung, bestimmte den Mindeststandard von Menschenwürde darin, dass der Einzelne vor Erniedrigung, Verfolgung und physischer Verletzung zu schützen sei. Vier Aspekte lassen sich als Kern seiner Aussagen ausmachen:

- Der Aspekt der Gleichheit: Das Prädikat der Menschenwürde kommt jedem Menschen gleichermaßen zu.
- Der Aspekt des Schutzgedankens: Menschen sind in ihrer Selbstzwecklichkeit zu achten und dürfen nicht willkürlich instrumentalisiert oder für fremde Zwecke genutzt werden.
- Aspekt des individuellen Persönlichkeitsrechtes: Jeder Mensch, der hierzu befähigt ist, soll über sich frei bestimmen können.
- Qualitativer Aspekt: Würde kommt jedem Menschen kraft seines Menschseins zu, so dass der Würdeschutz eines einzelnen Menschen nicht von empirischen Bedingungen abhängig gemacht werden kann.[7]

Was Würde im verfassungsrechtlichen Sinne ausmacht, kann die Rechtswissenschaft nicht aus sich selbst heraus definieren. Sie bleibt angewiesen auf Beiträge anderer Disziplinen, insbesondere der Theologie und der Philosophie.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und obendrein schwer zu definieren.

Werner Mitsch, deutscher Aphoristiker

[6] Siehe nur: Höfling, in: Sachs (Hrsg.), Grundgesetz, 3. Aufl. 2003, Art. 1 Rn. 19 ff.
[7] vgl. Carlo Schmid: Der parlamentarische Rat (1993), Bd. 1, 70.

Die Würde des Menschen aus biblischer Sicht

Aus biblischer Sicht kommt dem Menschen unveräußerliche Würde zu. Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes, steht unter Gottes Schutz. Jesus hat in seinem Handeln die Würde eines jeden Menschen geachtet.

„Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst? Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott, mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt."

Psalm 8, Verse 5+6

Die Würde des Menschen geht seinem gesamten Tun und Lassen voraus und bleibt ihm auch gegen widersprechende Erfahrungen zugesprochen. Sie ist unantastbar.

Die Würde des Menschen und die Aufgabe der Menschenrechte

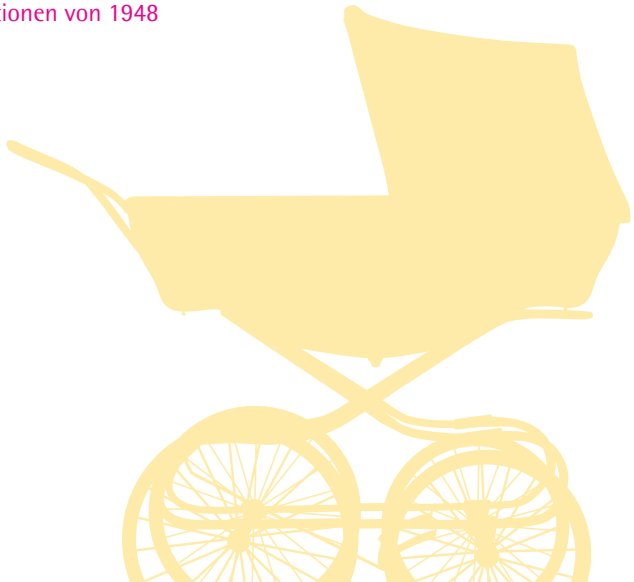
Die unantastbare Würde des Menschen ist auch Ausgangspunkt der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" von 1948 und des modernen Völkerrechts. Heute erkennen fast alle Staaten die Menschenrechte formell an, auch wenn es unterschiedliche Begründungszusammenhänge in den Religionen und Kulturen gibt.

Es ist Auftrag der Kirche, auf der Grundlage ihres Menschenbildes für die Fortentwicklung und Durchsetzung der Menschenrechte in der einen Welt einzutreten.

Artikel 1
Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2.1
Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer und sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1948



Für Ihre Notizen:

Zweite Befreit zum in der

rTei:

Dienst

einen Welt

Zweiter Teil: Befreit zum Dienst in der einen Welt

Evangelische Kirche von Westfalen

Befreit sein zum Dienst in der einen Welt bedeutet zu fragen: Was kann die Kirche tun? Was kann ich tun? Handeln setzt ethische Entscheidungen voraus. Entscheiden kann sich nur, wer sich in der Sache, um die es geht, sachkundig gemacht hat.

Die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen hat sich 2004 eingehend mit der Globalisierung befasst. In dem entsprechenden Dokument weist sie auf die unterschiedlichen Handlungsebenen sowie unterschiedlich handelnden Personen hin:

1. Nationalstaatliche und internationale Politik gestaltet die Rahmenbedingungen der (welt)wirtschaftlichen Entwicklungen (Global Governance). Staatliche Politik gestaltet das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft (Ordnungspolitik). Die Vereinten Nationen sind verantwortlich für die universale Formulierung von Menschenrechtsstandards und für ihre Einhaltung. Auf der politischen Ebene müssen die Menschenrechtsstandards auch für das Handeln der internationalen Institutionen (UNO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation) gelten.

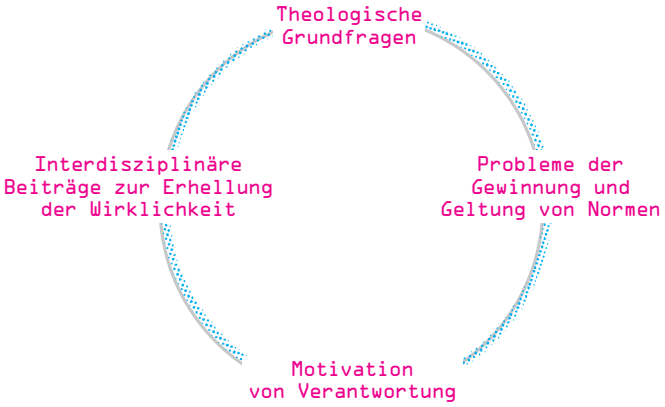
2. Auf der mittleren Ebene sind handelnde Institutionen und Organisationen zu nennen, die in unterschiedlicher Weise die Aufgabe haben, allgemein formulierte Standards durchzusetzen und konkret zu gestalten. Hier ist in erster Linie an international tätige Unternehmen zu denken, aber auch an Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und andere Religionsgruppen. Letztere haben insbesondere öffentlich Einfluss zu nehmen, dass Menschenrechtsstandards eingehalten werden.

3. Nicht zuletzt trägt jede und jeder Einzelne Verantwortung als Bürgerin und Bürger, Wählerin und Wähler sowie als Verbraucherin und Verbraucher. Durch unsere Kaufentscheidungen tragen wir dazu bei, dass sich Menschenrechtsstandards durchsetzen.

Aus: Wirtschaft im Dienst des Lebens – Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen zum Soesterberg-Brief, 2004

Der Bochumer Sozialethiker Prof. Christofer Frey entwickelt vier Gesichtspunkte für den Fortgang ethischer Arbeit im Protestantismus.[8]

Diesem Modell folgen die Beispiele und Handlungsimpulse der nächsten Seiten.



Für Ihre Notizen:

[8] Christofer Frey: Die Ethik des Protestantismus von der Reformation bis zur Gegenwart, 2. Auflage 1994.

Für Recht und Frieden sorgen

Friedenspolitische Herausforderungen

Aspekte einer internationalen Friedenspolitik

Impulse zum Handeln

Friedenspolitische Herausforderungen

Recht und Frieden sind aufeinander bezogen. Ohne eine stabile Rechtsordnung ist eine stabile Friedensordnung in der einen Welt nicht zu verwirklichen.

Frieden ist nach christlicher Auffassung eine endzeitliche Hoffnung. In der „noch nicht erlösten Welt" ist die Überwindung von Unfrieden und Gewalt eine ständige Aufgabe. Friedenspolitisch stellen sich gegenwärtig unter anderem folgende Herausforderungen:

- eine neue Qualität des internationalen Terrorismus
- eine ambivalente Praxis der Terrorismus-Bekämpfung
- eine einseitige nationale Sicherheitsdoktrin der USA
- eine unkontrollierte Verbreitung nuklearer Technik
- die Aufrüstung sogenannter Schwellenländer mit Massenvernichtungsmitteln
- die weltweite Zunahme von Rüstungsausgaben
- der Zerfall staatlicher Ordnung in zahlreichen Entwicklungsländern
- die Zunahme privatisierter und kommerzialisierter Gewalt.

„Schwellenländer, englisch Newly industrializing countries, Abkürzung NIC, nicht exakt definierte Bezeichnung für relativ fortgeschrittene Entwicklungsländer, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Eigendynamik auf der Schwelle zum Industriestaat stehen.

...

Bei zahlreichen Schwellenländern bestehen Widersprüche zwischen Wirtschaftswachstum und sozialer beziehungsweise politischer Entwicklung sowie Ausbau der Infrastruktur."

Definition aus MEYERS Lexikon online

Für Ihre Notizen:

Die zehn größten Rüstungsexporteure der Welt

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri (Stockholm International Peace Reseach Institute) hat in seinem Jahrbuch 2007 eine Liste der größten Rüstungsexporteure der Welt für die Jahre 2002 – 2006 veröffentlicht:

	Land	2002 – 2006	2006
1.	USA	32,1	7,9
2.	Russland	30,8	6,7
3.	Deutschland	9,2	3,9
4.	Frankreich	8,9	1,6
5.	Großbritannien	4,5	1,1
6.	Niederlande	3,2	1,5
7.	Italien	2,6	0,9
8.	China	2,1	0,6
9.	Schweden	2,0	0,5
10.	Israel	1,7	0,2

Alle Angaben in Milliarden US-Dollar.
Quelle: www.tagesschau.de – 11.06.2007

Aspekte einer internationalen Friedenspolitik

Wenn die internationale Staatengemeinschaft angesichts der Gefährdungen des Friedens „durch Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden sorgen" will, sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Eine stabile Friedensordnung zielt auf die umfassende Wahrung der Menschenrechte in der einen Welt. Der Leitbegriff des „gerechten Friedens" betont, dass Frieden, Recht, Gerechtigkeit und Versöhnung zusammengehören und sich gegenseitig bedingen.

2. Die Anwendung militärischer Gewalt muss strikt an das Völkerrecht gebunden bleiben. Das Völkerrecht ist im Hinblick auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus weiterzuentwickeln. Die Position des UN-Sicherheitsrats muss dabei gegen nationalstaatliche Einzelinteressen gestärkt werden.

3. Die Ursachen für die neuen Formen des Terrorismus und für die Aufrüstung von Schwellenländern mit Massenvernichtungsmitteln liegen in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen, die mit der Globalisierung einhergehen. Die eine Welt braucht eine weitsichtig konzipierte, multilaterale Politik der Gewaltvorbeugung, die hilft, die Kluft zwischen armen Ländern und reichen Ländern zu schließen. Entwicklungshilfe und nachhaltige Umweltpolitik sind vorrangige Gestaltungsaufgaben der Weltgemeinschaft.

4. Unerlässlich für die Erhaltung und Festigung des Friedens und für die Bearbeitung von Konflikten sind präventive Diplomatie und zivile Konfliktvorbeugung, die angemessene personelle und finanzielle Ressourcen erfordern. Zivile Mittel der Konfliktprävention sind gegenüber militärischen Mitteln zu stärken.

Die Kirche beteiligt sich an ziviler Krisenprävention, Friedens- und Versöhnungsarbeit. Sie tritt im Dialog der Religionen für Toleranz ein.

„Es wird angesichts der Pluralitäten und Polaritäten der Staaten, Völker und Kulturen keine „Weltinnenpolitik" geben. Auch erforderte sie eine „Weltregierung", die man zudem mit überdimensionalen Machtinstrumenten ausrüsten müsste. Auch eine Weltfriedenstruppe oder Weltfriedenspolizei ist eine bizarre Vorstellung. (...) Was vielleicht größere Aussichten hat, ist das Konzept des sog. Regionalismus, d.h. die Schaffung von weiteren politischen Kooperationen in übersichtlichen Großräumen, um dort die politischen Stabilitäten und die ökonomisch-sozialen und kulturellen Austauschprozesse auszubauen (s. das Europäische Modell!)."

Prof. Dr. Günter Brakelmann[9]

[9] Brakelmann, Günter: Friedensethik und Friedenspolitik. In: Beese, Dieter u. a. (Hg.), Günter Brakelmann: Ein Theologe in Konflikten seiner Zeit. Biografische Interviews (Entwürfe zur christlichen Gesellschaftswissenschaft Band 18) Berlin 2006, S. 131 – 132.

Für Ihre Notizen:

Frieden schaffen ~~ohne~~ mit immer weniger Waffen?

Für Ihre Notizen:

Impulse zum Handeln

Die Impulse zum Handeln sind – auch in den nachfolgenden Kapiteln – nach drei Bereichen unterschieden:

Projekte

In der Evangelischen Kirche von Westfalen gibt es über den Förderpreis DAS SALZKORN viele Projekte, die die Themen des Konziliaren Prozesses (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung) behandeln. Als Anregung für die Praxis wird ein Projekt exemplarisch vorgestellt.

Spirituelle Praxis

Die Beschäftigung mit den genannten Themen dieser Hauptvorlage steht nicht neben der spirituellen Praxis von Christinnen und Christen, sondern hat konkrete Auswirkungen darauf. Jeweils eine Anregung soll dazu dienen, diesen Bereich gezielt in den Blick zu nehmen.

Politische Diskussion

Die biblisch-theologische Perspektive ist immer auch öffentlich und gehört deswegen in die politische Diskussion. Hier soll ebenfalls eine Anregung dazu dienen, zu überprüfen, wo sich Christinnen und Christen beteiligen können.

Impulse zum Handeln

Ein exemplarisches Projekt

Forum religiöser Begegnung, Witten
Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern verschiedener Religionen muss keine komplizierte Sache sein. Das Forum religiöser Begegnung in Witten, Teil des weltweiten „World Council on Religion and Peace", vereinigt neben Christen und Muslimen weitere Religionen wie Hindus und Ba'hai, Juden und Buddhisten unter einem Dach. Ziel ist es, Brücken zu bauen und bei Anderen Verständnis für die eigene Glaubenspraxis zu wecken. In der theologischen Auseinandersetzung steht nicht das Dogma im Vordergrund, sondern die Suche nach Gemeinsamkeiten im täglichen Leben.
Ansprechpartner: Pfarrer i.R. Dietrich Schwarze, Rheinische Straße 11b, 58453 Witten, Tel. 0 23 02 / 87 86 89

Eine Anregung für die spirituelle Praxis

Fragen der „Einen Welt" kommen regelmäßig in den Fürbitten der Gottesdienste vor.

Ein Beitrag für die politische Diskussion

Im Sinne der Leitidee des „gerechten Friedens" wird zu aktuellen friedenspolitischen und -ethischen Herausforderungen öffentlich Stellung bezogen.

Projekte

In der Evangelischen Kirche von Westfalen gibt es über den Förderpreis DAS SALZ-KORN viele Projekte, die die Themen des Konziliaren Prozesses (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung) behandeln. Als Anregung für die Praxis wird ein Projekt exemplarisch vorgestellt.

Spirituelle Praxis

Die Beschäftigung mit den genannten Themen dieser Hauptvorlage steht nicht neben der spirituellen Praxis von Christinnen und Christen, sondern hat konkrete Auswirkungen darauf. Jeweils eine Anregung soll dazu dienen, diesen Bereich gezielt in den Blick zu nehmen.

Politische Diskussion

Die biblisch-theologische Perspektive ist immer auch öffentlich und gehört deswegen in die politische Diskussion. Hier soll ebenfalls eine Anregung dazu dienen, zu überprüfen, wo sich Christinnen und Christen beteiligen können.

Die Grundlagen des Lebens erhalten

Klimawandel

Gemeinsame Regeln

Bürgerschaftliches Engagement

Nachhaltige Entwicklung

Impulse zum Handeln

Evangelische Kirche von Westfalen

Klimawandel

Die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung lag nicht im Blickfeld der Verfasser der Barmer Theologischen Erklärung. Der Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine globale Aufgabe. Sie fordert jede Bürgerin und jeden Bürger, zivilgesellschaftliche Gruppen und Netzwerke sowie staatliche Einrichtungen und transnationale Organisationen zum entschiedenen Handeln heraus.

Die Zukunft des Lebens ist durch die wachsende Umweltzerstörung heute mehr denn je gefährdet. Die globale Erderwärmung verläuft dynamischer und folgenreicher als noch vor wenigen Jahren angenommen. In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren muss der Klimaschutz konsequent vorangetrieben werden, wenn der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur nicht zu Katastrophen führen soll.

Ein wesentlicher Auslöser für die globale Erderwärmung ist der ungebremst zunehmende Einsatz fossiler Energieträger durch die Industrieländer und Schwellenländer. Während hier der Energiekonsum ständig zunimmt, haben ca. 1,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu modernen Energien. Vielen Menschen in südlichen Ländern fehlt elektrische Energie, um kochen zu können, Lebensmittel zu lagern oder um Wasserpumpen zu betreiben.

Diese „Energiearmut" geht Hand in Hand mit materieller Armut und schlechten Bildungs- und Entwicklungschancen. Die davon betroffenen Menschen werden zu Hauptleidtragenden des Klimawandels. Die globale Erderwärmung führt tendenziell dazu, dass trockene Klimaregionen noch trockener werden und feuchte noch feuchter. Viele Entwicklungsländer in den trockeneren Regionen leiden bereits heute unter zunehmender Dürre. Zeitgleich bedroht der Anstieg des Meeresspiegels die kleinen Inselstaaten des Pazifiks. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern Afrikas und Asiens fehlen die Mittel, um die dicht bevölkerten, fruchtbaren Küstenebenen zu schützen.

Nicht nur der Energieverbrauch, auch Maßnahmen zum Klimaschutz in den Industrieländern verursachen in den ärmeren Ländern Probleme. Die verstärkte Nutzung der CO2-armen, nachwachsenden Rohstoffe zur Energiegewinnung führt zu einer Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion, besonders in Entwicklungsländern. Durch die rasant wachsende Bioenergienachfrage steigt der Weltmarktpreis für Mais, Brotgetreide und Soja. Damit wird die Ernährungssicherheit in den Ländern des Südens, besonders für die Ärmsten unter den Armen, in Frage gestellt.

Gemeinsame Regeln

Soll in der einen Welt das Recht des Stärkeren gelten? Die sich verstärkende Ressourcenkrise und der Klimawandel sind aus christlich-ethischer Sicht weder gottgewollt noch ein unabwendbares Schicksal. In ihm zeigt sich ungerechtes Handeln der Industriestaaten gegenüber den Gesellschaften des Südens, nachfolgenden Generationen und der Schöpfung.

Für Ihre Notizen:

Für Ihre Notizen:

Tun Sie das wirklich?

Die Bekämpfung des globalen Klimawandels ist eine globale Aufgabe. Sie kann nur von einer solidarischen Weltgesellschaft gelöst werden. Die eine Welt muss lernen, mit den prinzipiell allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehenden Lebensgrundlagen verantwortungsbewusst und gerecht umzugehen und sie für nachfolgende Generationen zu erhalten.

In der globalen Welt vollzieht sich Politik in komplexen Mehrebenensystemen. Nicht mehr die einzelnen Staaten sind die ausschließlichen politischen Akteure, sondern transnationale Organisationen beeinflussen nachhaltig die Entwicklung in den Ländern der Erde. In den europäischen Ländern geben die Europäische Union (EU), der Europäische Gerichtshof (EUGH) und die Europäische Zentralbank (EZB) einen politischen Ordnungsrahmen vor, um nationale Einzelinteressen zum Wohle aller auszugleichen. Auf globaler Ebene sollen transnationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UN), der internationale Gerichtshof in Den Haag, die Welthandelsorganisation in Genf (WTO), die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds einer stabilen Weltordnung dienen. Zum Mehr-Ebenen-System der Politik gehören neben staatlichen und transnationalen Institutionen eine Vielzahl von nichtstaatlichen Akteuren. Zivilgesellschaftliche Netzwerke, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie z.B. Greenpeace und ATTAC sind ebenso Teil dieses Systems wie die transnationalen Konzerne und internationale Finanzakteure, die nur noch bedingt auf staatliche Rahmensetzung angewiesen sind.

Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerinnen und Bürger übernehmen Verantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens. In ihm sind die Werte lebendig, die der Staat als politisches System zur Voraussetzung hat. Bürgerschaftliches Engagement dient dem sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Es kann sich nur entfalten, wenn sich der Staat selbst begrenzt und es fördert.

Christen beteiligen sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen an der politischen Gestaltung der einen Welt. Ein Beispiel bürgerschaftliches Engagements der Kirche ist die Bildung der Klimaallianz, eines breiten gesellschaftlichen Netzwerkes zum Klimaschutz, das von kirchlichen und diakonischen Gruppen und Einrichtungen initiiert worden ist (www.die-klima-allianz.de).

Nachhaltige Entwicklung

Der Klimaschutz kann nur in einer Kultur der politischen Kooperation gemeinsam mit den Betroffenen verbessert werden. Eine nachhaltige Entwicklung zielt darauf, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Verantwortung für Kinder und Kindeskinder zu übernehmen, bedeutet, dass soziale Gerechtigkeit und Ökologie nicht gegen ökonomische Ziele ausgespielt werden. Es kommt nicht auf den kurzfristigen Erfolg an, sondern auf die gerechte Verteilung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lebenschancen aller.

Impulse zum Handeln

Ein exemplarisches Projekt

Waldbau auf ökologischer Grundlage

Häufigkeit und Kraft von Unwettern haben in der letzten Zeit zugenommen und auch in Westfalen erhebliche Schäden hinterlassen. Umgestürzte Bäume und Überschwemmungen in Städten und Dörfern durch hochwasserführende Bäche prägen auch in den Sommermonaten immer öfter die Berichterstattung der Medien. Dies ist oftmals auch eine Folge der Monokultur mit schnellwachsenden und ertragreichen Hölzern in unseren Wäldern.

Dass es auch anders geht, zeigt die ökologische Bewirtschaftung des Kirchwaldes der Ev. Kirchengemeinde Kreuztal im Sauerland.

Ansprechpartner ist: Kurt Görzel, Ernsdorfstraße 116, 57223 Kreuztal, Tel. 0 27 32 / 38 24

Eine Anregung für die spirituelle Praxis

Pilgern auf westfälischen Jakobswegen.

Ein Beitrag für die politische Diskussion

Die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher aktivieren, um Trends zu setzen, beispielsweise beim Autokauf.

Projekte

In der Evangelischen Kirche von Westfalen gibt es über den Förderpreis DAS SALZKORN viele Projekte, die die Themen des Konziliaren Prozesses (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung) behandeln. Als Anregung für die Praxis wird ein Projekt exemplarisch vorgestellt.

Spirituelle Praxis

Die Beschäftigung mit den genannten Themen dieser Hauptvorlage steht nicht neben der spirituellen Praxis von Christinnen und Christen, sondern hat konkrete Auswirkungen darauf. Jeweils eine Anregung soll dazu dienen, diesen Bereich gezielt in den Blick zu nehmen.

Politische Diskussion

Die biblisch-theologische Perspektive ist immer auch öffentlich und gehört deswegen in die politische Diskussion. Hier soll ebenfalls eine Anregung dazu dienen, zu überprüfen, wo sich Christinnen und Christen beteiligen können.

Menschen ein Zuhause geben

Migration: ein globales Phänomen

Migration: eine europäische Verpflichtung

Migration: eine deutsche Aufgabe

Starke Nichtregierungsorganisationen

Die Situation an deutschen Schulen

Migration: eine gesellschaftliche Herausforderung

Impulse zum Handeln

Migration: ein globales Phänomen

Immer mehr Menschen auf der ganzen Welt verlassen ihre Heimat, um ihren Lebensmittelpunkt an einen anderen Ort zu verlegen. Schätzungsweise mehr als 175 Millionen Menschen weltweit leben als Migranten in einem Staat, der nicht ihre ursprüngliche Heimat ist. Mehr als die Hälfte sind Frauen.

Internationale Migration hat verschiedene Ursachen: mangelhafte wirtschaftlich-soziale Lebensbedingungen, Menschenrechtsverletzungen, Kriege, ethnische Konflikte oder Naturkatastrophen. Persönliche Gründe sind der Wunsch, die Lebensbedingungen zu verbessern oder die Familien zusammenzuführen.

Migration ist ein globales Phänomen. Sie erfolgt freiwillig oder erzwungenermaßen, vorübergehend oder dauerhaft. Es gibt wohl kein Land, das nicht grenzüberschreitende Zu- und Abwanderungen (internationale Migration) oder Wanderungsbewegungen im Landesinneren (Binnenmigration) verzeichnen würde.

„Anfang 2005 registrierte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen 9 Millionen Flüchtlinge. Hinzu kommen besonders in den Ländern des Südens 25 Millionen Binnenflüchtlinge.[10] Migranten und Flüchtlinge werden in ihrer überwiegenden Zahl in Ländern des Südens aufgenommen.

Eine wichtige Triebkraft der Wanderungsbewegungen ist die Globalisierung mit ihrer weltweiten Integration der Märkte. Aber Menschen wandern nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen: Die Übergänge zwischen Arbeitsmigration und Flucht sind fließend."

Insgesamt steigt die Zahl der internationalen Migranten und Flüchtlinge weitaus langsamer an, als angesichts der fortschreitenden Integration der Märkte, der Zunahme der weltweiten Ungleichheit und der unzureichenden Sicherheit in vielen Staaten zu erwarten wäre. Gleichwohl nehmen die Wanderungsbewegungen insgesamt zu, und in vielen Staaten wächst die Einsicht, dass die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen nur durch eine intensivere internationale Zusammenarbeit bewältigt werden können.

Migration: eine europäische Verpflichtung

Eine nationale Asyl- und Flüchtlingspolitik, zusehends aber auch Bereiche der Migrations- und Integrationspolitik sind ohne die Europäische Union nicht mehr denkbar. Der Vertrag von Amsterdam von 1999 hat wichtige Kompetenzen der Zuwanderungspolitik als gemeinschaftliche Angelegenheit festgelegt. EU-Regelungen sind verbindlich und gehen nationalem Recht vor.

Für den Umgang mit internationaler Migration stellen die Menschenrechte einen grundlegenden völkerrechtlichen

Für Ihre Notizen:

[10] Quelle: UNHCR, The State of the World´s Refugees 2006, S.11 ff.

Für Ihre Notizen:

Bezugsrahmen dar. Die EU ist zuständig für die Regelungen zur Einwanderung und Aufnahme von Flüchtlingen, für Kontrolle und Schutz der Außengrenzen sowie für die Gleichbehandlung der in der EU lebenden Bevölkerung, nicht jedoch für die Festlegung der Zahlen von Arbeitsmigranten aus Drittstaaten.

„Als Kirche sind wir aufgerufen, mit zugewanderten Minderheiten...im Dialog zu stehen, diese zu begleiten, dabei parteilich zu sein und entstehende Konflikte durchzustehen. Die Verantwortung liegt bei der gesamten Kirche und darf nicht nur an die spezialisierten Beratungsstellen delegiert werden".

Aus: Handreichung der EKvW „Ohne Recht auf Aufenthalt – illegal", 2000

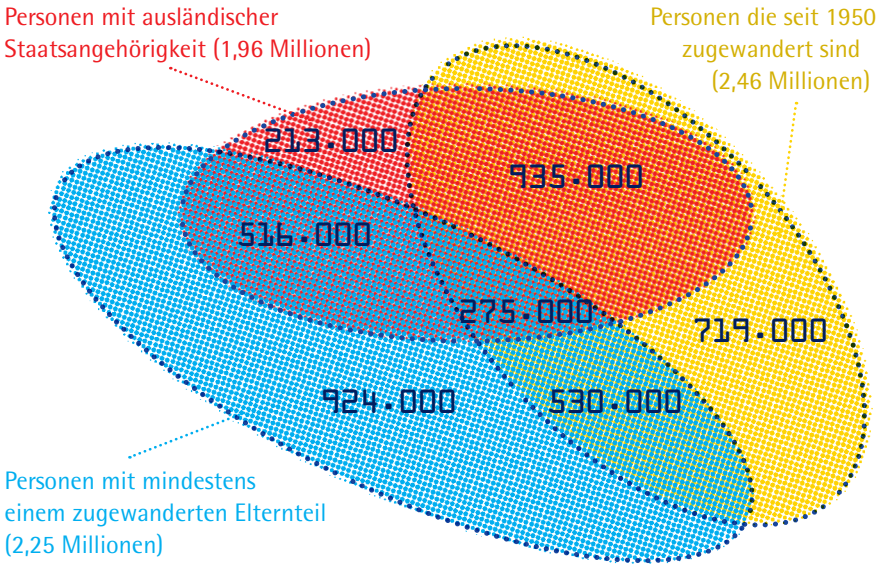
Migration: eine deutsche Aufgabe

In der Bundesrepublik gibt es 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Dies entspricht nahezu einem Fünftel der Bevölkerung. Sie kamen als ausländische Arbeitnehmer, als Spätaussiedler oder als Flüchtlinge. Ausländerrecht ist Ordnungsrecht und geprägt von sicherheitspolitischen Erwägungen. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Seit 2005 wird Zuwanderung zunehmend begrenzt und Integration als zu gestaltende Aufgabe anerkannt.

Fast ein Viertel der NRW-Einwohner mit „Migrationshintergrund" [11]

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik hat 2005 erstmals detaillierte Zahlen zu den Einwohnern Nordrhein-Westfalens mit Zuwanderungsgeschichte veröffentlicht. Demnach hat mittlerweile fast jeder vierte Einwohner in NRW (22,9 Prozent) einen Migrationshintergrund. Das entspricht rund 4,1 Millionen Menschen. Bisher war man nur von rund drei Millionen ausgegangen.

Personen mit Zuwanderungsgeschichte in NRW Anfang 2005



[11] http://www.laga-nrw.on.spirito.de/xd/public/content/index._cGlkPTE4Mw_.html

Im Einzelnen leben in NRW

· 1,96 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit;

· 2,46 Millionen Menschen, die seit 1950 von außerhalb der Bundesrepublik zugewandert sind (Aussiedler, Eingebürgerte);

· 2,26 Millionen Menschen mit mindestens einem aus dem Ausland zugewanderten Elternteil.

Die Zahlen beruhen auf ersten Auswertungen des „Mikrozensus", der seit diesem Jahr – anders als in früheren Jahren – kontinuierlich über das ganze Jahr erhoben wird und erstmals auch Fragen zum Migrationsstatus enthält. Wichtig ist dies zum Beispiel, wenn es um Fördermaßnahmen für Schulkinder geht.[12]

Starke Nichtregierungsorganisationen

Einen wichtigen Einfluss bei europäischen Gesetzgebungsverfahren haben Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik, aber auch der Migrations- und Integrationspolitik aktiv sind. Dazu zählen Organisationen wie Juristen- und Wohlfahrtsverbände, die sich neben der Migration anderen Arbeitsfeldern widmen, aber auch solche Gruppen, die sich vornehmlich der Lobby-Arbeit zu Fragen der Asyl- und Flüchtlingsrechte widmen, wie seitens der Kirche CCME.

[12] Quelle: Presseerklärungen des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW sowie des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik vom 20.07.2005.

[13] Quelle: http://bildungplus.forumbildung.de/templates/imfokus.php?ctgid=4 Sommer 2007.

Diese Kirchliche Kommission für Migranten in Europa wurde 1964 gegründet, um Kirchen quer durch Europa zu unterstützen, die sich um Migranten kümmern. Inzwischen hat sich das Mandat erweitert. Es schließt auch Anwaltschaft für die Rechte der Migranten und den Schutz für Flüchtlinge, Asylsuchende und ethnische Minderheiten ein. Der Einsatz für Flüchtlinge und Migranten zählt auch zum Kern der diakonischen Arbeit der Kirche.

Die Nichtregierungsorganisationen haben der zunehmenden sozialen Verantwortung des Politikfeldes Rechnung getragen, beispielsweise sind sie transnational vernetzt und in Brüssel präsent. Sie beraten die Organe der Europäischen Union und sind in vielerlei Gremien vertreten, um sich für die Belange von Migranten einzusetzen.

Die Situation an deutschen Schulen

In einigen Großstädten etwa des Ruhrgebietes kommt bereits die Hälfte der Schulanfänger aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Grundschulklassen mit bis zu 90 Prozent nicht Deutsch sprechenden Schulanfängern sind kein Einzelfall in Westfalen. Bildung ist der Schlüssel zur Integration und zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten. Umso schwerer wiegt das Ergebnis der PISA-Studien: In kaum einem anderen Industrieland entscheidet die soziale Herkunft so sehr über den Schulerfolg wie in Deutschland. Kinder aus armen, wenig gebildeten oder Migrantenfamilien schneiden in den PISA-Leistungsvergleichen durchweg schlechter ab.[13]

Für Ihre Notizen:

Für Ihre Notizen:

Was heißt das eigentlich?

Wenn Grundschüler weder die Muttersprache noch die deutsche Sprache beherrschen, sind sie von Anfang an schulisch wie sozial benachteiligt. Das Erlernen von Sprache hat deshalb Vorrang.

Migration: eine gesellschaftliche Herausforderung

In vielen Industriestaaten wird intensiv über Integration diskutiert, weil sichtbar geworden ist, dass Integrationsprobleme erheblichen gesellschaftlichen Sprengstoff bergen. Insbesondere die überproportional niedrigen schulischen und beruflichen Abschlüsse bei jugendlichen Migranten und die hohe Arbeitslosigkeit bei nicht qualifizierten Zuwanderern stellen Anfragen an das Bildungssystem. Eine nachhaltige Integrationspolitik geht über die Sprachförderung Deutsch hinaus und ist querschnittsorientiert angelegt. Denn im Kern geht es bei Integration um gleiche Rechte und gleiche Chancen für gesellschaftliche Teilhabe. Die interkulturelle Öffnung kommunaler und kirchlicher Institutionen ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Der Zugang zu Bildung und Weiterbildung, die Beteiligung an Wirtschaft und Arbeitsmarkt, hinreichende Wohnbedingungen und das Wohnumfeld sind ebenso wichtig wie eine hinreichende rechtliche Stellung der Zuwanderer.

Auch eine aktive und erweiterte Religionspolitik auf nationaler und europäischer Ebene kann der Tatsache zunehmender multireligiöser Gesellschaften fördernd Rechnung tragen.

„Als Kirche helfen wir allen, die durch schwierige politische, wirtschaftliche und soziale Bindungen gezwungen sind, ihr Land und ihre Kultur zu verlassen – unabhängig von der Bezeichnung, die andere ihnen geben mögen."

Ökumenischer Rat der Kirchen 1995 [14]

[14] „Ein Moment der Entscheidung, Solidarität mit den Entwurzelten", Schrift des ÖRK von 1995.

Impulse zum Handeln

Ein exemplarisches Projekt

Internationaler Frauentreff, Olsberg

Asylbewerberin in einem fremden Land zu sein, Sprache und Gewohnheiten der Menschen nicht zu kennen – eine schwierige Situation. Wie bedrückend muss es erst sein, wenn man als einzige Asylbewerberin in einem kleinen Ortsteil abseits der großen Städte leben muss. Frauen aus Olsberg haben die Problematik erkannt. Sie haben die Asylbewerberinnen in den über mehrere Täler verstreuten Stadtteilen von Olsberg eingeladen – zum gegenseitigen Kennenlernen der jeweiligen Gewohnheiten, zum Erlernen der deutschen Sprache, zum gemeinsamen Kochen, Tanzen, Reden … , einfach zum Rauskommen aus der Isolation.
Ansprechpartnerin ist: Anne Batholome, Am Kittelbusch 19, 59939 Olsberg,
Tel. 0 29 62 / 88 14 35

Eine Anregung für den interreligiösen Dialog

Begegnung mit Moscheegemeinden und gemeinsame kulturelle Aktivitäten.

Ein Beispiel für die politische Diskussion

Positionen unserer Kirche zu Zuwanderung, Einwanderung und Bleiberecht öffentlich machen.

Projekte

In der Evangelischen Kirche von Westfalen gibt es über den Förderpreis DAS SALZ-KORN viele Projekte, die die Themen des Konziliaren Prozesses (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung) behandeln. Als Anregung für die Praxis wird ein Projekt exemplarisch vorgestellt.

Spirituelle Praxis

Die Beschäftigung mit den genannten Themen dieser Hauptvorlage steht nicht neben der spirituellen Praxis von Christinnen und Christen, sondern hat konkrete Auswirkungen darauf. Jeweils eine Anregung soll dazu dienen, diesen Bereich gezielt in den Blick zu nehmen.

Politische Diskussion

Die biblisch-theologische Perspektive ist immer auch öffentlich und gehört deswegen in die politische Diskussion. Hier soll ebenfalls eine Anregung dazu dienen, zu überprüfen, wo sich Christinnen und Christen beteiligen können.

Alle am Leben teilhaben lassen

Armut und Reichtum in Deutschland

Die Speisung der 700.000

Entwicklungen der Einkommen

Zusammenhang von Globalisierung und Armut

Globale Trends

Globale Herausforderungen

Soziale Leitplanken als staatliche Aufgabe

Soziale Leitplanken als zivilgesellschaftliche Aufgabe

Impulse zum Handeln

Armut und Reichtum in Deutschland

Die Speisung der 700.000

Je nach Berechnungsmodell leben in Deutschland zwischen fünf und acht Millionen Menschen in (Einkommens-) Armut. Das Einkommen wird zu einem großen Teil für die Absicherung elementarer Lebensbedürfnisse benötigt. Bei einem ohnehin beschränkten Budget können meist nur bei der Nahrung größere Posten eingespart werden. Besonders Haushalte mit geringem Einkommen verzichten auf den Kauf bestimmter Nahrungsmittel.

Viele Betroffene leben pro Tag von ca. 4,50 Euro, die für die Zubereitung von Frühstück, Mittag- und Abendessen ausreichen müssen.

Nicht alle Menschen haben ihr täglich Brot – und dennoch gibt es Lebensmittel im Überfluss. In Deutschland gibt es mittlerweile über 700 Tafeln, die von mehr als 32.000 Ehrenamtlichen betrieben werden. Sie sammeln Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden können, und verteilen sie an Menschen in Not. Die Tafeln helfen so diesen Menschen, eine schwierige Zeit zu überbrücken und geben ihnen dadurch Motivation für die Zukunft. Hier engagieren sich Kirchengemeinden und Diakonie.

Beschreibung von Armut

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht begreift Armut und Reichtum als Pole einer Bandbreite von Teilhabe- und Verwirklichungschancen, wie sie Nobelpreisträger Amartya Sen mit dem Capability-Ansatz konzeptionell entwickelt hat. Mit dem Aufgreifen dieses Konzepts wird das erweiterte Verständnis der Berichterstattung deutlich, welches dem Umstand Rechnung trägt, dass Armut und Reichtum als gesellschaftliche Phänomene untrennbar mit Werturteilen verbunden sind. Hinter jeder Interpretation des Armuts- und auch des Reichtumsbegriffs und hinter jedem darauf beruhenden Messverfahren stehen Wertüberzeugungen. Deshalb ist auch die Aufgabe, Armut „messbar" zu machen, im streng wissenschaftlichen Sinn nicht lösbar.

Möglich ist aber, ein differenziertes Bild über die Gesellschaft, über soziale Ungleichheit und die Ausprägungen sozialer Ausgrenzung, über Armut und Reichtum als Aspekte der Wohlstandsverteilung und den Bereich des mittleren Lebensstandards zu zeichnen. Hierin spiegelt sich die Vielschichtigkeit von Armut und Reichtum wider, die sich einerseits in der Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen, andererseits aber auch in individuellen und kollektiven Lebenslagen manifestiert. Im Rahmen einer differenzierten Armuts- und Reichtumsberichterstattung wird nicht nur nach den verfügbaren Ressourcen gefragt, sondern vor allem danach, was die Menschen

Für Ihre Notizen:

Für Ihre Notizen:

damit und daraus machen können. In Gesellschaften wie der unseren liegt das durchschnittliche Wohlstandsniveau wesentlich über dem physischen Existenzminimum.

Hier ist ein relativer Armutsbegriff sinnvoll, um Problemlagen angemessen zu erkennen. Armut wird als auf einen mittleren Lebensstandard bezogene Benachteiligung aufgefasst. Die Höhe des Einkommens kann als zentraler Indikator für den Lebensstandard oder die Lebensqualität gelten. Auch wenn Armut eine mehrdimensionale, also nicht nur finanzielle Benachteiligung darstellt, kann von den verfügbaren finanziellen Mitteln indirekt darauf geschlossen werden, welches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe gelingt.[15]

Innerhalb von zwei Jahren stieg die Zahl der Versorgten um satte 40 Prozent auf etwa 700.000 wöchentlich, teilte der Bundesverband Deutsche Tafel in Dortmund am Rande seines Jahrestreffens 2006[16] mit. Gleichzeitig sei jedoch die Menge der verteilten Lebensmittel im gleichen Zeitraum nur um rund 25 Prozent auf insgesamt 120.000 Tonnen im Jahr 2006 angewachsen. Nach Angaben des Verbandes ist fast jeder vierte Tafel-Kunde Kind oder Jugendlicher.

Und was ist mit der kommunalen Verantwortung?

Entwicklungen der Einkommen

Bereits im 1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde ein kontinuierlicher Anstieg der Armutsrisikoquoten von 1983 bis 1998 festgestellt. Dieser Trend hat sich laut 2. Armuts- und Reichtumsbericht fortgesetzt. Die Armutsrisikoquote nach öffentlichen Transferzahlungen ist von 12,1 Prozent in 1998 auf 13,5 Prozent in 2003 gestiegen (Basis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, EVS). Gleichwohl gehört Deutschland – trotz höherer Arbeitslosigkeit – im europäischen Vergleich nach Dänemark und Schweden zu den Ländern mit der niedrigsten Armutsrisikoquote und relativ geringer Armut und sozialer Ausgrenzung.

In der Denkschrift der EKD „Gerechte Teilhabe" (2006) wird folgende Berechnung dargestellt:

„Am Ende des Jahres 2005 lebten in Deutschland mehr als sieben Millionen Menschen – davon etwa zwei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren – von Leistungen auf dem Sozialhilfeniveau. (...)

[15] Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Seite 5f.
[16] Süddeutsche Zeitung vom 1. Juni 2006.

Nur ein Teil der Bezieherhaushalte bleibt über einen längeren Zeitraum auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Nach einem Zeitraum von 2,5 Jahren haben noch 43,7 % der Sozialhilfehaushalte dauerhaft Hilfe bezogen.

Weiteren 6,8 % ist ein Ausstieg vorübergehend gelungen, und etwa die Hälfte der Haushalte (49,5 %) steigt vollständig aus der Sozialhilfe aus. Zum Ausstieg verholfen haben vor allem die Neuaufnahme einer Erwerbstätigkeit bzw. die Überwindung von Arbeitslosigkeit." [17]

Personen, die über einen längeren Zeitraum einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind, weisen häufig ein vergleichsweise niedriges Qualifikationsniveau auf. Sie sind zudem oft allein erziehend oder leben in Haushalten mit drei und mehr Kindern, sind getrennt oder geschieden, selbst arbeitslos oder leben in Haushalten von Arbeitslosen oder Nichterwerbstätigen. Festzuhalten ist, dass der Gini-Index, mit dem die Ungleichverteilung von Einkommen gemessen wird, in Gesamtdeutschland im Vergleich von 1998 und 2003 von 0,449 auf 0,472 stieg.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus kirchlichen Beratungsstellen und Jugendhilfeeinrichtungen berichten, dass sie es zunehmend mit Problemlagen zu tun haben, die sich familiär in den nächsten Generationen fortsetzten und vervielfältigten.

Zusammenhang von Globalisierung und Armut

Globale Trends

Weltweit leben 1,2 Milliarden Menschen – also ein Fünftel der Weltbevölkerung – in absoluter Armut. Seit Anfang der neunziger Jahre sinkt sowohl die Zahl der Armen als auch ihr Anteil an der Weltbevölkerung langsam. Doch hinter dieser Entwicklung verbergen sich große regionale Unterschiede. Zwischen 1987 und 1998 ist die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen in China um gut 80 Millionen gesunken, in ganz Ostasien um etwa 140 Millionen Menschen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der absolut Armen in Afrika südlich der Sahara um 73 Millionen, in Südasien um 48 Millionen, in den ehemaligen sozialistischen Ländern um 23 Millionen und in Lateinamerika um 15 Millionen.[19]

Für Ihre Notizen:

[17] Gerechte Teilhabe, Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität, Denkschrift, 2. Auflage, Seite 35f., 2006.
[19] Zweiter Armutsbericht und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2006.

Für Ihre Notizen:

Globale Herausforderungen

Die Auswirkungen der Globalisierung auf Armut und Reichtum sind also widersprüchlicher Natur. Länder und Regionen, denen es gelingt, sich aktiv in die Weltwirtschaft zu integrieren, profitieren von der Dynamik der globalen Ökonomie: Sie können die großen Märkte und ökonomische Spezialisierungsvorteile nutzen, sich in globale Wertschöpfungsketten integrieren, von den weltweiten technologischen Innovationsprozessen lernen, die Arbeitsproduktivität steigern und so die Spielräume für Reallohnerhöhungen schaffen. Die ökonomische Globalisierung ist aus dieser Perspektive ein Motor zur Steigerung des Wohlstandes der Nationen.

Die Globalisierung geht aber auch mit Problemen einher, für die politische Lösungen gefunden werden müssen, um internationale Instabilitäten, Konflikte und Legitimationskrisen der „Global Player" sowie neue Spannungen zwischen den reichen und den armen Regionen der Welt präventiv zu bekämpfen und protektionistische Rückfälle zu verhindern.

So fallen die ärmsten Länder – insbesondere Subsahara Afrikas, aber auch Südasiens – in der Weltwirtschaft immer weiter zurück; drastisch steigende Ungleichheit und Einkommenspolarisierung charakterisieren die Weltgesellschaft; die Globalisierung schwächt die traditionellen sozialen Bindekräfte und Integrationsmechanismen in allen Gesellschaften.

Soziale Leitplanken als staatliche Aufgabe

Die Globalisierung ist also auf soziale Innovationen angewiesen. Auf dem UN-Gipfel im September 2000 in New York verabschiedeten 189 Regierungen die „Milleniumserklärung", in der sie sich zur Bekämpfung der Armut, zur Friedenssicherung und zu einer nachhaltigen Entwicklung verpflichten.

So können wir das Problem der Ungleichheit nicht angehen, wir können soziale Gerechtigkeit nicht herstellen, wenn wir nicht zuerst die ungleiche Verteilung von Eigentum ändern. In der heutigen Welt leben drei Milliarden Menschen mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Drei Milliarden Menschen sind die potentiellen Arbeitskräfte der Welt. Eine Milliarde Menschen, die arbeiten möchten, sind arbeitslos. Der Markt versieht sie nicht mit einem Preis. Nach dem Markt sind sie wertlos, unbrauchbar und sie sind „Nicht-Menschen". Drei Milliarden Menschen bekommen Geld von den verschiedensten Geldquellen, um zwei Dollar pro Tag auszugeben. Sie haben keine Macht, sich an der Marktökonomie zu beteiligen. Das ist die Welt, in der wir leben. Alle Macht und alles Eigentum sind auf die Eine Milliarde Menschen im reichen Norden konzentriert. Der Markt versieht sie mit einem hohen Preis, und sie haben die Fähigkeit zu kaufen und hohe Preise für Güter zu bezahlen, während drei Milliarden Menschen (die anderen zwei Milliarden sind in dazwischen liegenden Situationen) vollständig von dem kleinen Gott unserer Zeit ausgeschlossen sind: dem Markt.

Prof. Sampie J. Terreblanche

Für Ihre Notizen:

Zusammen mit anderen internationalen Organisationen formulierte die UN daraus acht Millenniumsentwicklungsziele, die quasi als soziale Leitplanken bis 2015 erreicht werden sollen:

- Den Anteil der Weltbevölkerung halbieren, der unter extremer Armut und Hunger leidet
- Allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen
- Die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern, besonders im Bereich der Ausbildung
- Die Kindersterblichkeit verringern
- Die Gesundheit der Mütter verbessern
- HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen
- Den Schutz der Umwelt verbessern
- Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

Soziale Leitplanken als zivilgesellschaftliche Aufgabe

In den vergangenen Jahren haben multinationale Unternehmen, die auch in Entwicklungsländern produzieren, in Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen eine Vielzahl von Sozial-, Gesundheits- und auch Ökologiestandards ausgehandelt, die zum Teil äußerst wirksam überprüft werden: Beispiele sind die Projekte „Transfair", „Rugmark", „Eco-Tex", „Ethical Trade Initiative" und „SA 8000".

Evangelische Kirche von Westfalen

Impulse zum Handeln

Ein exemplarisches Projekt

Luthers Waschsalon

Armut wird in den Innenstädten seit Jahren immer deutlicher sichtbar. Anlaufstelle vieler Menschen sind offene karitative Angebote, die eigentlich einen anderen Personenkreis im Blick haben – wie z.B. die Bahnhofsmission. In Zusammenarbeit von Kirchengemeinde und Diakonie entstand in der Innenstadt von Hagen ein Angebot für Menschen in Not: Luthers Waschsalon. Hier können sie duschen, ihre Wäsche waschen oder auch tauschen, bekommen etwas zu essen und medizinische Betreuung, finden Beratung oder einfach nur jemanden zum Zuhören.

Ansprechpartner ist: Heike Spielmann-Fischer, Pfarrer Thomas Hammermeister-Kruse, Martin-Luther-Str. 3 , 58095 Hagen, Tel. 0 23 02 / 34 80 642

Eine Anregung für die spirituelle Praxis

Die Kollekte für die Arbeit mit Bedürftigen in der eigenen Gemeinde (Klingelbeutel) ist verbindlich beizubehalten.

Ein Beitrag für die politische Diskussion

Das „Xertifix – Siegel" für „Grabsteine ohne Kinderarbeit" wird für kommunale und konfessionelle Friedhöfe diskutiert.

Projekte

In der Evangelischen Kirche von Westfalen gibt es über den Förderpreis DAS SALZ-KORN viele Projekte, die die Themen des Konziliaren Prozesses (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung) behandeln. Als Anregung für die Praxis wird ein Projekt exemplarisch vorgestellt.

Spirituelle Praxis

Die Beschäftigung mit den genannten Themen dieser Hauptvorlage steht nicht neben der spirituellen Praxis von Christinnen und Christen, sondern hat konkrete Auswirkungen darauf. Jeweils eine Anregung soll dazu dienen, diesen Bereich gezielt in den Blick zu nehmen.

Politische Diskussion

Die biblisch-theologische Perspektive ist immer auch öffentlich und gehört deswegen in die politische Diskussion. Hier soll ebenfalls eine Anregung dazu dienen, zu überprüfen, wo sich Christinnen und Christen beteiligen können.

74

Das Original der Barmer Theologischen Erklärung befindet sim im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage in der Deutschen Evangelischen Kirche

~~Legung des Vorschlages des theologischen Ausschusses für die Bekenntnisfrage der Deutschen Evangelischen Kirche~~

Eingangsworten
der Reformation
n Bekenntnis-
gung dieser
regierung am
ngelischen Kir-

- 2 -

Wir bekennen uns angesichts der die Kirche verwüstenden und
damit auch die Einheit der I
Irrtümer der Deutschen Chris
regierung zu folgenden evang

1) "Ich bin der Weg und die
zum Vater denn durch mich
"Wahrlich, wahrlich ich s
in den Schafstall, sonder
Dieb und ein Mörder. Ich
geht, der wird selig werd
Jesus Christus, wie er un
ist das eine Wort Gottes,
im Sterben zu vertrauen u
Wir verwerfen die fa
Quelle ihrer Verkündigung
Gottes auch noch andere I
Wahrheiten als Gottes Off

2) "Jesus Christus ist uns g
Gerechtigkeit und zur Hei
Wie Jesus Christus Gottes
Sünden ist, so und mit gl
ger Anspruch auf unser ga
frohe Befreiung aus den g
dankbarem Dienst an seine
Wir verwerfen die fa
res Lebens, in denen wir
Herren zu eigen wären, in
Heiligung durch ihn bedür

3) "Lasset uns aber rechtsch
allen Stücken an dem, der
aus der ganze Leib zusamm
Die christliche Kirche is
Christus in Wort und Sakr
Herr gegenwärtig handelt.
Gehorsam, mit ihrer Botsc
Welt der Sünde als die Ki
dass sie allein sein Eige
von seiner Weisung in Erw
möchte.
Wir verwerfen die fa
Gestalt ihrer Botschaft u
dem Wechsel der jeweils h
tischen Ueberzeugungen üb

4) "Ihr wisset, dass die wol
herren haben Gewalt. So s
jemand will unter euch ge
(Matth.20,25-26)
Die verschiedenen Aemter
der einen über die andere
Gemeinde anvertrauten und
Wir verwerfen die fa
die Kirche abseits von di
befugnissen ausgestattete

5,1 No. 708 fasc. 2

5) "Fürchtet Gott, ehret den König." (1. Petr. 2,17).

Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche anerkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des [redacted] Staates werden.

6.) "Siehe, ich bin bei euch alle Tage, bis an der Welt Ende." (Matth. 28,20).
"Gottes Wort ist nicht gebunden." (2.Tim.2,9).
Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen.

Die Bekenntnis-Synode der Deutschen Evangelischen Kirche erklärt, dass sie in der Anerkennung dieser Wahrheiten und in der Verwerfung dieser Irrtümer die unumgängliche theologische Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche als eines Bundes der Bekenntniskirchen sieht. Sie fordert alle, die sich ihrer Erklärung anschliessen können, auf, bei ihren kirchenpolitischen Entscheidungen dieser theologischen Erkenntnisse eingedenk zu sein. Sie bittet alle, die es angeht, in die Einheit des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung zurückzukehren.

Verbum Dei manet in aeternum.

Für die theologische Kommission

Asmussen Barth Beckmann Putz Oberdieck

Barmer Theologische Erklärung

Die theologische Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen vom 29. bis 31. Mai 1934

1. Jesus Christus spricht: Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich. (Joh. 14, 6)

Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Wer nicht zur Tür hineingeht in den Schafstall, sondern steigt anderswo hinein, der ist ein Dieb und Räuber. Ich bin die Tür; wenn jemand durch mich hineingeht, wird er selig werden. (Joh 10,1.9)

Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.

2. Durch Gott seid ihr in Christus Jesus, der uns von Gott gemacht ist zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung. (1. Kor 1, 30)

Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.

> 3. Laßt uns aber wahrhaftig sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken zu dem hin, der das Haupt ist, Christus, von dem aus der ganze Leib zusammengefügt ist. (Eph 4, 15.16)

Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, daß sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.

> 4. Jesus Christus spricht: Ihr wißt, daß die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch; sondern wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener. (Mt 20, 25.26)

Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben und geben lassen.

5. Fürchtet Gott, ehret den König. (1. Petr 2, 17)

Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.

6. Jesus Christus spricht: Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende. (Mt 28, 20)

Gottes Wort ist nicht gebunden. (2. Tim 2, 9)

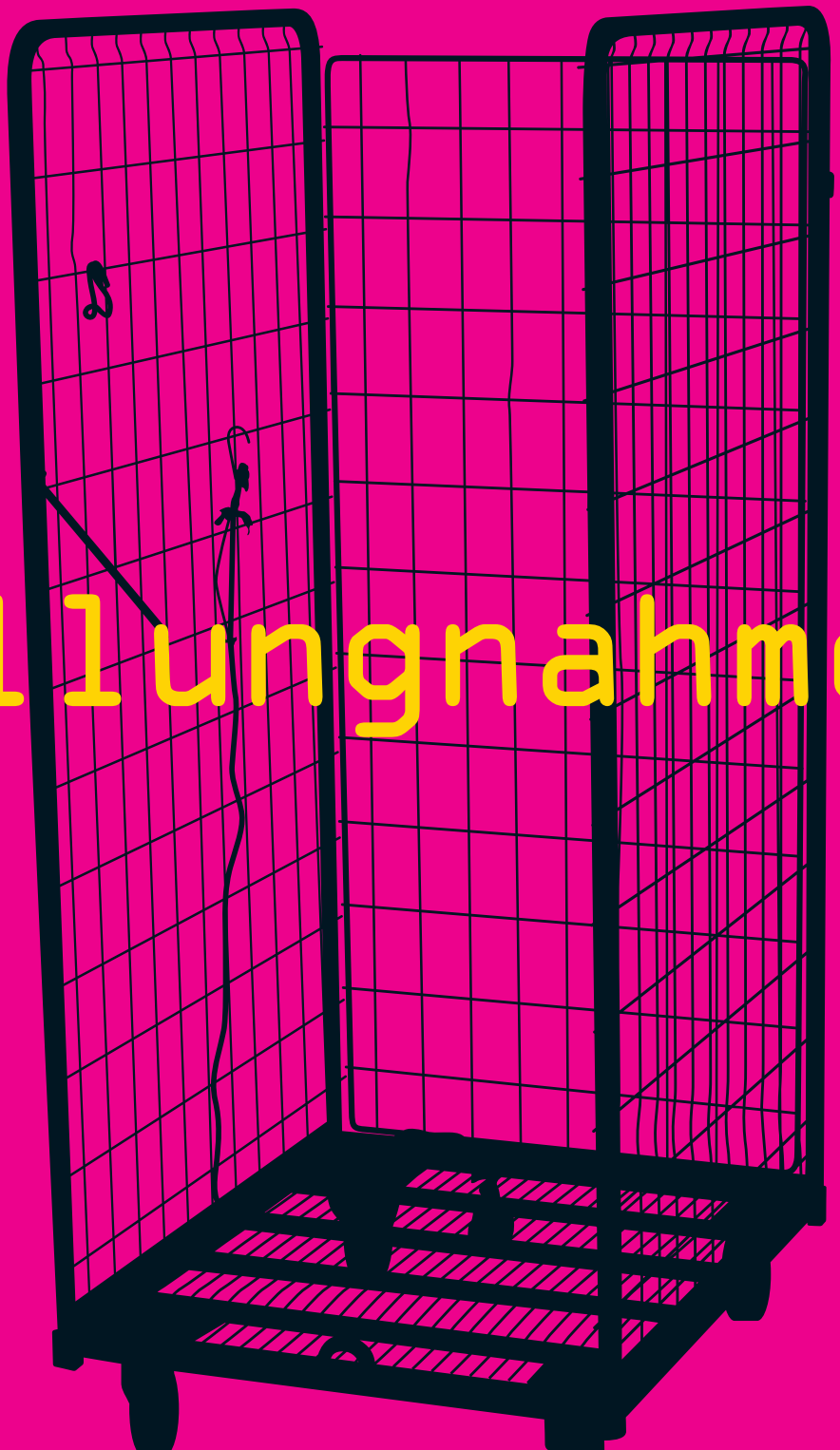
Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen.

Anhan

Kirchliche zum Thema

Stellungnahmen



Kirchliche Stellungnahmen zum Thema

1) Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen

Eine Denkschrift der EKD, Gütersloh 1970

Diese Denkschrift reflektiert die Praxis kirchlicher Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen, die mit dem Hinweis auf den umfassend zu verstehenden Verkündigungsauftrag der Kirche begründet wird. Die Denkschrift nennt als Kriterien evangelischer Stellungnahmen die „Schrift- und die Sachgemäßheit" der Argumentation.

2) Frieden wahren, fördern und erneuern

Eine Denkschrift der EKD, Gütersloh 1981

Diese Denkschrift erschien zu Beginn der Friedensbewegung und hat noch einmal die klassische EKD-Formel der „Heidelberger Thesen" (1959) aufgenommen: „Friedensdienst mit und ohne Waffen".

3) Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung

Hg. vom Rat der EKD und der DBK, Hannover/Bonn 1985

Dies ist – nach einer gemeinsamen Stellungnahme zu den Grundwerten – die erste gemeinsame sozialethische Stellungnahme von EKD und DBK und betont mit Nachdruck die Schöpfungsverantwortung des christlichen Glaubens.

4) Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie

Hg. vom Kirchenamt im Auftrag des Rates der EKD, Gütersloh 1985

Diese Denkschrift nimmt die Tradition von Barmen V auf und diskutiert die Staatsform der Demokratie in evangelischer Perspektive. Es werden die Nähe des christlichen Glaubens zur Demokratie sowie Reformimpulse für die Weiterentwicklung der bundesdeutschen Demokratie herausgearbeitet.

5) Gemeinwohl und Eigennutz

Eine Denkschrift der EKD, Gütersloh 1991

Da in der Demokratie-Denkschrift (1985) Fragen der Wirtschaft bewusst zurückgestellt worden sind, thematisiert diese Denkschrift nun das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, das insgesamt positiv gewürdigt wird. Dabei werden auch Fragen der Demokratienähe bzw. der Gefährdungen der Demokratie durch wirtschaftliches Handeln erörtert und der Gedanke der Mitbestimmung engagiert zur Verteidigung von Teilhabe eingefordert.

6) Verantwortung für ein soziales Europa

Herausforderungen einer verantwortlichen sozialen Ordnung im Horizont des europäischen Einigungsprozesses, eine Denkschrift der EKD, Gütersloh 1991

Diese Denkschrift entwickelt zum ersten Mal die Vorstellung eines „sozialen Europa" und zeigt Perspektiven für ein „solidarisches Europa" nach innen wie nach außen auf.

7) Der christliche Glaube und die heutige Weltwirtschaft

Ein Studiendokument des Ökumenischen Rates der Kirchen, Genf 1992

Dies ist die erste Stellungnahme, welche die neue Herausforderung der Globalisierung aufgreift und kritisch die Entwicklungen der Weltwirtschaft beurteilt.

8) Mehr Gerechtigkeit wagen

Hg. Kirchenleitung der EKvW, Bielefeld 1993

Diese Stellungnahme fordert angesichts ungleicher gesellschaftlicher Entwicklungen eine bessere Verteilungsgerechtigkeit ein und entwickelt Vorschläge zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben.

9) Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit

Wort der DBK und des Rates der EKD zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn 1997

Diese aus einem breit angelegten Konsultationsprozess hervorgegangene Stellungnahme beider großer Kirchen hat insbesondere die Gerechtigkeitsfrage neu in die gesellschaftliche Debatte eingebracht. Die weltwirtschaftlichen Herausforderungen werden kurz angesprochen, hauptsächlich argumentiert das Wort aber im nationalstaatlichen Rahmen.

10) Wirtschaft im Dienst des Lebens

Hg. Kirchenleitung der EKvW, Bielefeld 2004

Die EKvW ist die erste Landeskirche, die eine Antwort auf den Soesterberg-Brief der ökumenischen Bewegung mit dieser Stellungnahme verfasst hat. Im Sinn einer weiten Fassung des Menschenrechtsgedankens (d.h. neben den bürgerlichen werden auch soziale, ökonomische und kulturelle Menschenrechte eingefordert) wird gefordert, dass die Globalisierung menschengerecht gestaltet werden muss. Wichtig sind auch die Selbstverpflichtungen der Kirche für eine menschengerechte Gestaltung der Globalisierung.

11) Gerechte Teilhabe

Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität
Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2006

Diese Denkschrift reagiert auf den Skandal der wachsenden Armut in Deutschland, wobei Bezüge zur internationalen Entwicklung hergestellt werden. Die Denkschrift fordert Verteilungs- und Befähigungsgerechtigkeit ein, d.h. benachteiligte Menschen sollen – speziell durch Bildung – Chancengleichheit erfahren und es muss genügend Geld für soziale Leistungen bereitgestellt werden.

12) Ohne Recht auf Aufenthalt – illegal

Eine Handreichung der Kirchenleitung der EKvW, Bielefeld 2000

Die Handreichung ist eine Einladung zum Gespräch zur Situation von Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltstatus. Sie sensibilisiert für diese Lebenssituationen. In vielen Beispielen wird gezeigt, was das biblische Zeugnis bedeutet, den Fremden und den Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Im Aufenthaltsrechtlichen Teil ist die Handreichung nicht mehr auf dem aktuellen Stand.

13) Leitfaden für nachhaltige Geldanlagen

Materialien für den Dienst in der EKvW, Bielefeld 2/2006

Dieser Leitfaden für nachhaltige Geldanlagen in kirchlichen Haushalten gibt Hilfestellungen, wie beim Umgang mit kirchlichen Finanzen ethische Kriterien Anwendung finden können. Er knüpft an die Stellungnahme „Wirtschaft im Dienst des Lebens" (siehe Nummer 10!) an.

14) Frieden durch Recht und Gerechtigkeit

Materialien für den Dienst in der EKvW, Bielefeld 2/2003

Das friedensethische Positionspapier bindet die Beförderung des Friedens an Recht und Gerechtigkeit. Es analysiert ebenso die Ursachen für die neuen Formen von nichtstaatlicher Gewalt wie auch die weltanschaulichen und religiösen Begründungen von Gewalt und Terrorismus.

15) Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung

Hg. Kommission Kirche und Gesellschaft der Konferenz Europäischer Kirchen, Brüssel 2005

Das Dokument versteht sich als Beitrag zum weltweiten ökumenischen Prozess. Es besteht aus einem Memorandum der europäischen Delegierten der Vollversammlung des ÖRK in Porto Alegre und einem Positionspapier zu Globalisierungsfragen. Das Dokument insgesamt beschreibt keine endgültige Position, sondern einen weiteren Schritt im Prozess. Nicht alle Aspekte der Globalisierung werden aufgenommen. Es findet eine Konzentration auf die europäischen Erfahrungen mit dem Modell einer „sozialen Marktwirtschaft" statt.

Mitglieder des Ausschusses, Dank

Dem von der Kirchenleitung berufenen Ausschuss zur Vorbereitung dieser Hauptvorlage gehörten an:

Heinz-Georg **Ackermeier**, Pfarrer,
Leiter des Institutes für Kirche und Gesellschaft der Ev. Kirche von Westfalen, Schwerte

PD Dr. Dieter **Beese**, Superintendent, Münster

Siegrid **Beer** MdL, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN; Paderborn

Martina **Dröttboom**, Diplom-Ökonomin,
Frauenreferat der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dortmund

Birgit **Fischer**, Landesvorstand der SPD, Bochum

Albert **Henz**, Superintendent,
Vorsitzender des Ausschusses zur Vorbereitung der Hauptvorlage, Iserlohn

Prof. Dr. Traugott **Jähnichen**,
Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität, Bochum

Volkmar **Klein** MdL, Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, Burbach

Rolf **Krebs**, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung NRW,
Düsseldorf

Günther **Klumpp**, Journalist, Unna

Dr. Arne **Kupke**, Jur. Landeskirchenrat, Bielefeld

Dr. Sascha **Lüder**, Vorsitzender des Landesfachausschusses für religiöse Fragen der FDP, Herdecke

Jutta **Menke**, Dipl.-Pädagogin, Nordwalde †

Dr. Jochen **Motte**, Pfarrer, Vereinte Evangelische Mission, Wuppertal

Annette **Muhr-Nelson**, Superintendentin, Unna

Anne **Rabenschlag**, Mitglied der Kirchenleitung,
Geschäftsführerin des Diakonischen Werkes Dortmund und Lünen gGmbH, Dortmund

Dr. Werner Max **Ruschke**,
Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Perthes-Werkes e. V., Münster

Dr. Heike **Schmidtchen**,
Kanzlerin der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Bochum

PD Dr. Dierk **Starnitzke**,
Theologischer Vorstand der Diakonischen Stiftung Wittekindshof, Bad Oeynhausen

Ingo **Stucke**, Mitglied der Kirchenleitung, Historiker, Bielefeld

Christa A. **Thiel**, Pfarrerin und Redakteurin, Dortmund

Friedhelm **Wixforth**, Theol. Landeskirchenrat, Bielefeld

Die Kirchenleitung dankt folgenden Personen für Vortragsarbeit und Beratung:

Friedhelm **Beiteke**, Dipl. Kaufmann, Schwerte

Christoph **Bertram**, Journalist, Hamburg

Dr. Barbara **Dahlhaus**, Ruhr-Universität Bochum

Andreas **Krummrey**, Ltd. Polizeidirektor, Bielefeld

Wolfram **Kuschke** MdL, Minister a. D., Unna

Dr. Dr. Tade Matthias **Spranger**, Institut für Wissenschaft und Ethik der Universität Bonn

Professor Dr. Ralf **Stolina**, Institut für Aus-, Fort- und Weiterbildung der EKvW, Schwerte

Lutz **Tölle**, Club Junger Unternehmer, Iserlohn

Impressum

Herausgegeben von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen

Altstädter Kirchplatz 5
33602 Bielefeld

Fon: 05 21 / 594 - 0
Fax: 05 21 / 594 - 129

landeskirchenamt@lka.ekvw.de
www.ekvw.de

Bestellung:

Evangelisches Medienhaus
Cansteinstraße 1
33647 Bielefeld

Fon: 05 21 / 94 40 - 0
Fax: 05 21 / 94 40 - 136

bestellung@globalisierung21.de
www.globalisierung21.de

Geschäftsführung und Redaktion:

Andreas Duderstedt, Christa A. Thiel,
Jürgen Traphöner, Edgar Wehmeier,
Dr. Johanna Will-Armstrong

Gestaltung und Produktion:

Buttgereit und Heidenreich,
www.b-und-h.de

Herstellungsleitung und Vertrieb:

Öffentlichkeitsarbeit der EKvW,
Uwe-C. Moggert-Seils

978-3-926816-39-9

9 783926 816399

Bibliographische Information
Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

www.globalisierung21.de
www.ekvw.de

Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens! (Lukas 1, 79)